



**SACHSEN**

**RECHTS**

**UNTEN**

**2022**



**KULTURBÜRO**  
SACHSEN E.V.



**#UNSINTERES  
SIERT VER  
ÄNDERUNG**

# INHALT

- 4** **Einleitung**  
Normalität in Sachsen
- 12** **Kein Ort. Nirgends ... ohne Rassismus**  
Rassismuserfahrung von Jugendlichen  
mit Migrationsvordergrund
- 20** **In Staupitz steht ein Rechtsrockhaus**  
Sächsische Normalität im rechtsextremen  
Konzertgeschehen
- 26** **Immer wieder montags**  
Normalität und Kontinuität rechter Proteste
- 32** **Augen zu und durch**  
Die Normalität einer sächsischen Kleinstadt
- 40** **Ganz dahinten, wo der Leuchtturm steht**  
Die Normalität engagierter Jugendlicher in Bautzen
- 46** Impressum

## EINLEITUNG

Die Publikationsreihe „Sachsen rechts unten“, erarbeitet und herausgegeben vom Kulturbüro Sachsen e.V., beschäftigt sich seit acht Jahren mit verschiedenen Facetten der extremen Rechten in Sachsen. Die aktuelle Ausgabe ist in einer Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung Sachsen entstanden. Mit dieser Veröffentlichung wirft das Kulturbüro Sachsen jährlich einen Blick auf die qualitative Verfasstheit der extrem rechten Szene im Bundesland. Die starke Ausdifferenzierung dieser Szene hin zu diversen Gruppen, Parteien, Medienformaten, Vereinen und Initiativen macht die Lage immer unübersichtlicher. Umso wichtiger ist es, dass unsere zivilgesellschaftlichen Kenntnisse zur qualitativen Verfasstheit der sächsischen Neonazi-Szene, der sogenannten „Neuen Rechten“ und des Rechtspopulismus einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht und diskutiert werden. Unser Blick ist dabei einer aus zivilgesellschaftlicher Perspektive. Dieser hat den Vorteil, dass er nicht erst dort ansetzt, wo Gesetze gebrochen werden oder offener Verfassungsbruch propagiert wird. Zivilgesellschaftliche Blickrichtungen können und sollten die Rolle des Staates ergänzen und hinterfragen. Im demokratischen Rechtsstaat sind es gerade das Zusammenspiel und die Diskussionen der verschiedenen Positionen und Sichtweisen auf aktuelle Demokratiegefährdungen, die ein sinnvolles Gesamtbild ergeben. Die Gefährdungen der Demokratie können umfassend eingeschätzt werden, wenn die wissenschaftlichen, die staatlichen und die zivilgesellschaftlichen Perspektiven ausreichende Beachtung finden.

Die Reihe „Sachsen rechts unten“ ist keine auf Vollständigkeit abzielende Beschreibung bzw. Analyse von Phänomenen. Unser Anspruch ist vielmehr, exemplarisch zu beschreiben, welche Ziele die sächsische

Neonazi-Szene oder neu-rechte und rechtspopulistische Parteien und Gruppen verfolgen, welche Wirkmächtigkeit sie entfalten können und welche Gefahren daraus resultieren. Jedes Jahr wählen wir dabei einen anderen Schwerpunkt aus, der genauer betrachtet werden soll. Im Jahr 2022 liegt der inhaltliche Kern unserer Publikation auf scheinbaren Normalitäten und Normalisierungen in Sachsen, die sich aus der Verfasstheit der extremen Rechten ergeben. In den Artikeln werden Dinge beschrieben, bei denen Normalisierungseffekte bestehen oder Normalisierungen stattgefunden haben, an die wir uns als Demokrat\*innen aber nicht gewöhnen wollen.

### PANDEMIE UND NORMALITÄT

„Ich wünsche mir, dass es endlich wieder normal wird.“ Das ist ein Satz, der im Rahmen der seit zwei Jahren andauernden Pandemie landauf, landab formuliert wurde und wird, sei es beim Kaffeetrinken im Familienkreis, in der Polit-Talkshow am Abend oder auch bei den Protesten gegen die Corona-Maßnahmen, die besonders in Sachsen seit Monaten stattfinden. Doch wo liegt dieser Sehnsuchtsort ‚Normalität‘? Lohnt es sich, dahin zurück zu wollen? Die Pandemie ist nur eine Situation von vielen, in der wir uns fragen, was Normalität ist.

„Normalität“ ist ein Begriff, mit dem alle Menschen etwas verbinden. Er muss demnach nicht explizit mit Inhalten gefüllt werden und er erfährt selten Widerspruch, da seine Unschärfe das auch schwer möglich macht. Im Folgenden soll daher versucht werden, den Begriff zu schärfen. Einzelne Vertreter\*innen der Sozialpsy-

chologie unterscheiden bei Normalität drei Begriffsebenen: Normalität als a) das Gewohnte (das, was Sicherheit gibt), b) die Norm (die Regel) und c) die Gleichmacherei (von Vielfalt) bzw. die Normierung.<sup>1</sup> Normalität ist dabei das, was der Durchschnitt denkt, wie er fühlt und handelt, es geht also um eine Orientierung an Wertvorstellungen und –verhalten der Mehrheit. Um herauszufinden, was „normal“ ist, schauen wir im Alltag oft darauf, wie sich die Menschen um uns herum verhalten.<sup>2</sup>



### NORMALITÄT UND NORMATIVITÄT

Der Literaturwissenschaftler Jürgen Link verweist in seinen Arbeiten auf den engen Zusammenhang von Normalität und Normativität. Dabei ist *Normalität* ein Begriff eher mathematisch-technischer Natur, der eine Abweichung vom statistischen Durchschnitt beschreibt. Grundlage ist die flächendeckende Erfassung statistischer Werte. ‚Normal‘ ist in diesem Kontext jeder Wert in einem bestimmten Abstand zum Durchschnitt. Abweichungen von dieser mittleren Zone gelten als anormal, wobei die Grenzen dieses Bereichs fließend oder starr sind, und sich ggf. an gesellschaftliche Veränderungen anpassen (lassen).<sup>3</sup>

Seinen sprachlichen Ursprung hat der Begriff Normalität im lateinischen ‚norma‘, was so viel bedeutet wie rechter Winkel und metaphorisch auch Regel.<sup>4</sup> Ebenfalls von ‚norma‘ stammt der Begriff *Normativität* ab. Sie bezeichnet die ethischen, juristischen und gesellschaftlichen Regeln des Handelns, sowie die Sanktionierung von Verstößen dagegen. „Ohne Normativität ist also keine menschliche Gesellschaft denkbar.“<sup>5</sup> Dabei gibt es nicht nur eine Normativität, sondern Menschen haben ganz unterschiedliche normative Vorstellungen davon, wie eine Gesellschaft aussehen soll.

Im Zusammenspiel von Normalität und Normativität bestimmt letztere, wie weit die Abweichung vom Durchschnitt sein darf, sodass etwas noch als ‚normal‘ gilt. Zugleich entscheidet die Normativität darüber, ob die Grenzen des Normalbereichs fließend oder starr sind.

### GEFAHREN VON NORMALITÄT

Neben den wissenschaftlichen Normalitätsbegriffen gibt es natürlich auch die eher alltäglichen Verständnisse von Normalität. Normalität wird von vielen Menschen als etwas grundsätzlich Positives gesehen, andere verbinden mit dem Begriff etwas Langweiliges, wenig Innovatives. Vielen Menschen gibt Normalität ein Gefühl von Sicherheit. In Ausnahmesituationen, in denen das Bedürfnis nach Sicherheit zunimmt, wird Normalität daher von den meisten Menschen als positiv und erstrebenswert betrachtet.

Gleichzeitig lohnt sich ein genauer Blick auf diese Bewertungen: Jede Normalität produziert immer Ausschlüsse, nämlich an den äußeren Grenzen des oben beschriebenen mittleren Bereichs, an den Grenzen hin zur ‚Anormalität‘.<sup>6</sup> Demnach bildet alles Normale ein ‚Innen‘ und alles jenseits davon ist ‚außen‘. Die Verortung als ‚normal oder nicht‘ ist dabei zumeist eine Fremdzuschreibung, die sich an Verhältnissen der ‚Mehrheitsgesellschaft‘ orientiert. Diese Verortung kann für Betroffene ganz unterschiedliche, oft nachteilige Konsequenzen haben.<sup>7</sup>

Was einmal als normal gilt, wird selten hinterfragt. Beispiele dafür sind der Umgang von Verwaltung, Stadtgesellschaft und Polizei mit den Anmeldungen von Pegida-Demonstrationen in der Dresdner Innenstadt oder den unangemeldeten Demonstrationen gegen die Corona-Schutzmaßnahmen. Dazu gehört, dass die wiederkehrenden Anmeldungen<sup>8</sup> der Pegida-Versammlungen für die Versammlungsbehörde normal sind, die Polizei diese in ihre Einsatzplanung entsprechend einbezieht und auch, dass zivilgesellschaftliche Gruppen wie beispielsweise ‚Herz statt Hetze‘ ihren demokratischen Widerspruch immer wieder deutlich machen müssen. Dazu gehört aber auch, dass Menschen, die rassistischer Diskriminierung ausgesetzt sind, sich montags einmal mehr überlegen, ob sie sich im Umfeld der Versammlungen aufhalten können. Ähnlich verhält es sich mit den mehrheitlich unangemeldeten Demonstrationen gegen die Corona-Schutzmaßnahmen. Muster und Sichtweisen schleifen sich ein, ein Perspektivenwechsel und das Durchbrechen des gewohnten Zustandes wird immer schwerer.

Ein weiteres Beispiel für diese Gewöhnung ist die Veränderung in unseren gesellschaftlichen Diskursen: In den letzten Jahren haben viele Kritiker\*innen darauf aufmerksam gemacht, dass rassistische und menschenverachtende Aussagen der extremen Rechten die ‚Grenzen des Sagbaren‘ immer weiter nach rechts verschieben. Offen bleibt die Frage, wie lange dieser Verschiebungsprozess andauert, wo er gestartet ist und wo er endet. Es stellt sich die Frage: Haben wir nicht bereits eine Normalität erreicht, in der die Grenzen des Sagbaren deutlich nach rechts gerückt sind?

In den kommenden Artikeln beschäftigen sich die Autor\*innen mit der Verschiebung von Normalitäten in Sachsen. Im Artikel „Kein Ort. Nirgends ... ohne Rassismus“



wird die alltägliche, „normale“ Rassismuserfahrung von Jugendlichen mit Migrationsvordergrund beschrieben. Gleichzeitig geht es um die Normalisierung des ‚Othering‘, eines Prozesses, in dem ein „die Anderen“ konstruiert und von einem „Wir“ unterschieden wird, unter anderem auch in professionellen Hilfsstrukturen, deren Mitarbeitende sich selbst als nicht rassistisch verstehen. Die Autor\*innen des Artikels zeigen hier eine Normalität auf, die permanent Ausschlüsse produziert.

Ein anderes ‚normal‘ beschreibt der Artikel „Ganz dahinten, wo der Leuchtturm steht“. Dabei geht es um politisch engagierte, nicht-rechte Bautzner Jugendliche und die Verhaltensweisen, die sie sich in den letzten Jahren aneignen mussten, um körperlich unversehrt zu bleiben. Und schließlich macht der Artikel zur Kontinuität rechter Proteste deutlich, wie diese spätestens seit 2013 Teil sächsischer Normalität wurden. Im Artikel „In Staupitz steht ein Rechtsrockhaus“ wird die Gewöhnung an Neonazikonzerte sowie die Bedeutung eines rechten Konzertstandortes im Landkreis Nordsachsen für rechtsterroristische Unterstützungsnetzwerke beschrieben. Das Netzwerk für Demokratische Kultur (NDK) aus Wurzen geht in einem Gastbeitrag auf die seit Jahren gewachsene „Normalität“ rechter Strukturen in einer sächsischen Kleinstadt und deren Auswirkungen auf die und den Umgang der Stadtgesellschaft damit ein.

Beim Lesen der Artikel lohnt es sich, die Frage zu stellen: Inwieweit hat hier eine Verschiebung von Normalität stattgefunden und welche Konsequenzen hat das für die Menschen und das gesellschaftliche Zusammenleben?

## NORMATIVE VORSTELLUNGEN

An der Stelle, wo sich Menschen für eine diskriminierungssensible Gesellschaft und für die Einhaltung von Menschenrechten einsetzen, gehen sie einem konkreten normativen Verständnis von Gesellschaft nach. Das Streiten für eine demokratische Gesellschaft, in der Menschen auf verschiedene Arten und Weisen ‚normal‘ sein dürfen, ist normativ. Gleichzeitig gibt es zahlreiche andere normative Vorstellungen davon, wie eine Gesellschaft aussehen soll. So verwendet beispielsweise die AfD einen bewusst

engen Normalitätsbegriff. Ausgehend von ihren normativen Vorstellungen von Gesellschaft, setzt sie in ihren Programmen und Aussagen sehr enge Normalitätsgrenzen, die zudem äußerst hart und stigmatisierend sind.<sup>9</sup>

Ein genauerer Blick auf diesen Normalitätsbegriff der AfD zeigt, wie viele Menschen hier ‚rausfallen‘, also im nicht normalen ‚außen‘ verortet werden: neben von Rassismus betroffenen Menschen sind es auch queere Menschen, z.B. Lesben, Trans\*personen und intergeschlechtliche Personen oder auch Menschen mit geringem Einkommen oder Menschen mit einer konträren politischen Einstellung. Wer sich außerhalb dieser Normalität befindet, wird ggf. rassistisch angefeindet oder aufgrund anderer Merkmale diskriminiert und ausgegrenzt.

Im Kontrast dazu steht die menschenrechtsorientierte Normativität, die viele Menschen vertreten, sei es ehrenamtlich in der lokalen Initiative oder auch in ihrer hauptamtlichen Arbeit bei geförderten Trägern in der Antidiskriminierungs-, Beratungs- und Bildungsarbeit. Auf verschiedenen Ebenen machen diese Menschen deutlich, wo es Verstöße gegen ihre Normativität gibt, indem sie beispielsweise sagen: Neonazis sind nicht normal, rassistische Übergriffe sind nicht normal, Verschwörungserzählungen und der darin enthaltene Antisemitismus sind nicht normal, Diskriminierung ist nicht normal.

## NORMALITÄTSVERSCHIEBUNG IST KEINE EINBAHNSTRASSE

Bis hierhin wurde deutlich, dass es bis heute verschiedene Normalitätsverschiebungen gab und permanent gibt. Zum Glück ist diese Verschiebung keine Einbahnstraße. Bundesweite Beispiele für eine progressive Verschiebung von Normalität zeigen, dass es möglich ist: Die Öffnung der Ehe „für alle“<sup>10</sup>, die Möglichkeit eines diversen Geschlechtseintrags in Personaldokumenten, die veränderte Gesetzgebung zu Hatespeech im Internet oder aktuell die Abschaffung von §219a aus dem Strafgesetzbuch. Diese rechtlichen Veränderungen sind das Ergebnis erfolgreicher Kämpfe für die Anerkennung emanzipatorischer normativer Ideen – Ideen für eine lebendige Demokratie, in der vielfältige Lebensweisen anerkannt und die Wahrung der Menschenrechte in den Mittelpunkt

gestellt werden. Und auch in Sachsen finden sich kleine Beispiele für eine progressive Normalitätsverschiebung: die Umbenennung von Exponaten aus der Kolonialzeit in den Staatlichen Kunstsammlungen, der Schriftzug „Rassismus ist kein Fangesang“ auf der Anzeigetafel des Rudolf-Harbig-Stadions in Dresden oder auch die Institutionalisierung und Professionalisierung sächsischer Zivilgesellschaft in den letzten Jahren.

Als Kulturbüro Sachsen, aber auch als Einzelne sind wir, ob wir wollen oder nicht, immer Teil einer wie auch immer beschaffenen Normalität. Neben den oben beschriebenen Gefahren birgt diese Involviertheit in Normalität aber auch eine Chance. Denn Normalität ist wandelbar. Was in den 90er Jahren normal war, muss es heute längst nicht mehr sein.<sup>11</sup> Wir können Normalität beeinflussen, indem wir selbst immer wieder klare normative Grenzen ziehen, sei es am oben erwähnten Familienkaffeetisch oder in unserem Sport-/Vereinsumfeld, in der (Kirch-)Gemeinde, am Arbeitsplatz oder auch online. Nicht nur, aber auch in Sachsen gibt es seit Jahren eine viel zu geringe Grenzziehung gegenüber menschenfeindlichen Aussagen und Positionierungen, die von einer Mehrheit mitgetragen wird. Diese Grenzen einzuziehen und damit Normen zu setzen ist unsere Chance, Normalität in unserem menschenrechtsorientierten Sinn zu beeinflussen; das ist vor allem auch die Aufgabe von Menschen, die selbst nicht von Rassismus, Sexismus, Ableismus und anderen Abwertungen betroffen sind. Dazu müssen wir verstärkt darüber sprechen, was wir für normal halten und wo Grenzen verlaufen, damit der Begriff der Normalität etwas von seiner Beliebigkeit verliert und nicht mehr widerspruchsfrei von Menschenfeinden, Verschwörungsgläubigen und der extremen Rechten gefüllt werden kann. Und es lohnt sich, diese Grenzen zu ziehen, denn es gibt etwas zu gewinnen: die positive Verschiebung bestehender Normalitäten, sei es in Staupitz, Bautzen, Wurzen oder Sachsen insgesamt, eine diskriminierungssensiblere Gesellschaft, in der Menschen auf verschiedene Arten und Weisen ‚normal‘ sein dürfen und in der menschenfeindliche Positionen nicht ‚normal‘ sind.

1 | <https://www1.wdr.de/radio/wdr5/sendungen/neugier-genuegt/redezeit-andreas-zick-100.html>; zuletzt eingesehen am: 01.04.2022.

2 | Ebd.

3 | Link (ohne Jahresangabe): 202. Siehe dazu auch: „Normalismus“ bei Link.

4 | Link (ohne Jahresangabe): 202.

5 | Ebd.

6 | ‚Anormalität‘ wird in wissenschaftlichen Texten zum Thema als Begriff verwendet, gleichzeitig würden die Autor\*innen des Artikels den Begriff in ihrem Alltag/ihrer Berufspraxis nicht verwenden.

7 | Beispiele für diese nachteiligen Konsequenzen werden in den kommenden Artikeln beschrieben.

8 | Streng genommen müssen Versammlungen bei der Versammlungsbehörde nicht angemeldet, sondern nur angezeigt werden.

9 | Link (2021): 19.

10 | Die Bezeichnung ‚Ehe für alle‘ durch den Gesetzgeber ist durchaus nicht unumstritten, da sie zwar eine Eheschließung gleichgeschlechtlicher Paare ermöglicht, andere Menschen aber weiterhin davon ausgeschlossen werden.

11 | Zur Normalität der 90er Jahre gehörten bis 1997 beispielsweise die Legalität von Vergewaltigung in der Ehe, oder auch die Erfahrungen, die in den letzten Jahren unter dem #baseballschlägerjahren geteilt und besprochen wurden.

### Literaturverzeichnis:

**Link, Jürgen (ohne Jahresangabe):**  
3.6 Normalismus, S.202-207,  
<https://www.uni-frankfurt.de/53534927/Link--Normalismus.pdf> (07.04.2022)

**Link, Jürgen (2021):**  
„Deutschland aber normal“  
In: Diss-Journal Juni 2021, S. 18-20  
WDR-5 Neugier genügt: Normalitätsverschiebung – Andreas Zick,  
Redaktion Lioba Werrelmann



- 1 -

## KEIN ORT. NIRGENDS ... OHNE RASSISMUS

Ein Offenes Jugendhaus in einer großen sächsischen Stadt. Es liegt in einem Stadtteil, in dem Familien mit unterschiedlichen Erfahrungen von Migration und/oder Sesshaftigkeit wohnen. So kommen auch junge Menschen aus diesen unterschiedlichen Familien ins Jugendhaus. Eine der Pädagog\*innen dort ist Anja<sup>1</sup>, eine weiße Deutsche, die über große fachliche Kompetenz zum Thema Förderung von Mehrsprachigkeit verfügt. Sie findet es wichtig, den Familiensprachen aller Nutzer\*innen mit Wertschätzung zu begegnen.

Als die sechsjährige Laila im Jugendhaus auftaucht, ist die Pädagogin um Beziehungsarbeit bemüht. „Sag mal, welche Sprache sprichst du eigentlich zu Hause?“, fragt sie Laila. Das sechsjährige Mädchen tritt ganz nah an sie heran und flüstert ihr ins Ohr: „Ich spreche ausländisch. Ich bin nämlich Ausländerin.“

Das ist eine von zahlreichen Situationen im Themenfeld Rassismus und Jugendhilfe, die haupt- und ehrenamtliche Pädagog\*innen sowie Kinder und Jugendliche gegenüber der Fachstelle Jugendhilfe des Kulturbüros Sachsen geschildert haben. Auf Basis einer umfangreichen zweijährigen Praxis-Forschung zu Bedarfen migrantisierter junger Menschen in Sachsen konnten wir 2021 die Publikation „Die Zukunft Sachsens. Junge Menschen mit Migrationsvordergrund und diskriminierungskritische Perspektiven auf Jugendhilfe in Sachsen“ (Kulturbüro Sachsen 2021) veröffentlichen. Unsere etwa 100 Interviewpartner\*innen aus knapp 30 verschiedenen Initiativen, Einrichtungen der Jugendhilfe in freier und öffentlicher Trägerschaft und migrantischen Selbstorganisationen ermöglichen einen praxisnahen Blick auf die Situation migrantisierter junger Menschen in Sachsen.

### NORMAL- EINWANDERUNG

Eine der deutlichsten Veränderungen der letzten Jahre in Sachsen ist die der Bevölkerungszusammensetzung. Waren es 1990 etwas mehr als 50.000 Menschen, die statistisch als „nichtdeutscher Bevölkerungsanteil“ erfasst wurden, so sind es 2020 mehr als 200.000. Im Vergleich zu Rheinland-Pfalz oder Niedersachsen, wo etwa ein Viertel der Bevölkerung als migrantisch gilt, ist das wenig. Trotzdem spiegelt sich auch in Sachsen die gesamte Bundesgebiet bestimmende Normalität wider: Bevölkerungswachstum durch Migration.

Die Alterspyramide der sächsischen Bevölkerung profitiert von der Einwanderung. Im Besonderen ist das Verhältnis von junger zu alter Bevölkerung eine wesentliche Veränderung in der Bevölkerungszusammensetzung im Vergleich zu 1990. Das Statistische Landesamt Sachsen hält fest:

„Der Vergleich der Altersstruktur zwischen den in Sachsen lebenden Deutschen und Nichtdeutschen zeigt wesentliche Unterschiede. So waren im Jahr 2020 rund ein Drittel der Deutschen jünger als 35 Jahre, bei den Nichtdeutschen traf das auf fast 60 Prozent der Bevölkerung zu.“<sup>2</sup>

Die Zukunft Sachsens, können wir darausschließen, ist abhängig von einer erfolgreichen Zuwanderung. Das bedeutet jedoch nicht nur, dass Menschen nach Sachsen kommen. So ist diese sächsische Zukunft darauf angewiesen, dass die Zugewanderten in Sachsen verbleiben, hier lernen, arbeiten, Familien gründen, Kinder bekommen. Einwanderung und Integration sind nicht allein eine statistische Tatsache, sie sind unsere gemeinsame Realität.

### NORMAL- RASSISMUS

Zu dieser Realität gehört jedoch auch die alltägliche Erfahrung von Rassismus und anderen Formen von Diskriminierung, die junge Menschen mit Migrationsvordergrund<sup>3</sup> in Sachsen erleben müssen. Im Rahmen unserer Forschung wurden uns – von Mitarbeiter\*innen der Jugendhilfe, Engagierten in Migrant\*innenselbstorganisationen und jungen Menschen selbst – unzählige rassistische Erfahrungen beschrieben, auch und gerade in pädagogischen Kontexten, besonders in der Schule.

Die meisten Pädagog\*innen wollen auf keinen Fall rassistisch sein. Doch aufgrund ihrer Sozialisation in einer rassistisch geprägten Gesellschaft sowie institutionell oder strukturell wirkender Rassismen kann ihr Verhalten trotzdem rassistische Auswirkungen haben. Sie brauchen besondere Reflexionsräume, um diese nicht-intendierten Konsequenzen ihres fachlichen Handelns zu erkennen und zu verändern.

Anja, die Pädagogin im Offenen Jugendhaus, will der sechsjährigen Laila nicht das Gefühl vermitteln, sie sei irgendwie „anders“ oder unerwünscht. Im Gegenteil, Anjas erklärtes Ziel ist es, Laila ihre Wertschätzung für deren Familie auszudrücken. Doch die Sechsjährige hat in ihrem kurzen Leben bereits so viel rassistische Abwertung erfahren, dass sie Anjas Frage anders versteht. Sie kommt gar nicht auf die Idee, der netten deutschen Pädagogin zu sagen, welche Sprache(n) sie mit ihren Eltern spricht. Vielleicht kennt sie kein (deutsches) Wort für ihre Familiensprache; vielleicht hat sie gelernt, dass es sächsischen Pädagog\*innen egal ist, welche Sprache(n) sie spricht – sofern es nicht Deutsch ist.

So wie Laila am liebsten verschweigen würde, dass sie „Ausländerin“ ist, so verschweigen manche junge Menschen ohne Migrationsvordergrund die Tatsache, dass sie einen Offenen Treff im ländlichen Raum besuchen, der auch von sogenannten „Ausländer\*innen“ oder „Flüchtlingen“ genutzt wird. Sich den Raum mit jungen Geflüchteten zu teilen, funktioniert super, erzählen sie – aber ihre weißen deutschen Mitschüler\*innen dürfen das nicht erfahren.

Fatima El-Tayeb, eine renommierte deutsche Wissenschaftlerin, spitzt den Konflikt dieser normativen Erwartung an Vorstellungen von Zugehörigkeit zu:

„Während sich die Zugehörigkeit zu Europa auf den ersten Blick einfach durch die Staatsangehörigkeit definiert, sieht die Praxis anders aus. (...) In der Praxis heißt das zu meist „weiß sein“. Auch wenn kein europäisches Land seine Einwohner\*innen offiziell nach „Rassen“ kategorisiert und es einige Millionen nicht-weiße Europäer\*innen gibt, ist es diese Kategorie, die in der Praxis sowohl für Behörden als auch die Allgemeinbevölkerung das entscheidende Erkennungsmerkmal der Zugehörigkeit darstellt.“<sup>4</sup>

Eine der alltäglichen Erfahrungen, die junge Menschen mit Migrationsvordergrund in Sachsen machen, ist, dass sie rassifiziert<sup>5</sup> werden. Die französische Soziologin Colette Guillaumin beschreibt Rassifizierung als ein „definitives Kriterium des Rassismus“. Im Prozess dieser Rassifizierung wird einerseits mittels bestimmter Merkmale eine Gruppe von Menschen als natürliche Gruppe festgelegt und gleichzeitig wird die Natur dieser Gruppe im Verhältnis zur eigenen Gruppe formuliert. Die betreffenden Merkmale können ganz unterschiedlicher Art sein und umfassen u.a. Physiologie, Sprachen, Ernährung, Kleidung, Gewohnheiten, politische und religiöse Praktiken.<sup>6</sup>

Die so rassifizierten jungen Menschen erfahren also, dass sie überall – durch die Mehrheitsbevölkerung, durch die Behörden und eben auch durch pädagogische Fachkräfte – zu Anderen gemacht werden. Dieser Prozess des „Othering“ hat eine historische Kontinuität, er basiert auf einer weißen europäischen Überzeugung, aus einer zivilisatorischen Überlegenheit heraus andere abwerten zu dürfen.<sup>7</sup>

Dass Rassismus für viele Jugendliche eine normale Erfahrung im Alltag ist, hören pädagogische Fachkräfte nicht gern. Manchmal zweifeln sie an, dass Jugendliche diesen oder jenen rassistischen Vorfall tatsächlich erlebt haben, oder sie bewerten die Verletzung der jungen Menschen als übertrieben. Wenn pädagogische Fachkräfte offensichtliche „kulturelle“ Unterschiede betonen, entlasten sie ihre eigenen rassistischen Kontexte und entschulden die Institutionen von rassistischer Struktur und Wirkung. Es ist nicht selten, dass Rassismus oder rassistische Verhältnisse bagatellisiert werden. Es ist auch nicht selten, dass Rassismus von Sozialarbeiter\*innen, von den „Guten“ oder sich in linken alternativen Milieus verortenden pädagogischen Fachkräften als ein historisches Phänomen abgetan wird und sie auf ein ihrer

Meinung nach viel wichtigeres Problem verweisen: die Integration. Die Kieler Integrations- und Rassismus-Spezialistin Ayça Polat stellt fest:

„Rassismus, so glauben und hofften viele, sei ein Relikt der Vergangenheit. Abgesehen von ein paar Ewiggestrigen würde sich die Ideologie bald überlebt haben. Und auch diese übriggebliebenen Idioten würden es sich noch anders überlegen, wenn die Integration besser gelänge. Es wird ganz häufig so getan, als würde der Rassismus zunehmen, wenn Integration misslingt, und abnehmen, wenn Integration gelingt. Was für manche intuitiv logisch klingen mag, ist ein Trugschluss ... Diese Schlussfolgerung ist gefährlich, nicht nur, weil sie falsch ist, sondern insbesondere auch, weil sie den Rassismus indirekt legitimiert.“<sup>8</sup>

Trotz unbestrittener Integration bleibt der Konflikt darum, was gelungene Integration (nicht) sei, mit steten rassistischen Konnotationen verbunden. Erwartet wird, dass sich die als „migrantisch“ Gekennzeichneten an die „bestehende Gesellschaft“, die bessere, zivilisiertere, moralischere, kulturvollere, verdienstreichere anpassen. Sie sind zwar der Farbtupfer, das Belebende, das zwar Andere und doch so Interessante, doch werden sie stets mit der Erwartung konfrontiert, sich selbst in der bestehenden weißen Mehrheitsgesellschaft unsichtbar zu machen, deren Geschichte zu verinnerlichen, deren Lieder zu singen, die Leistungen zu bewundern, die diese europäische Zivilisation erbracht hat, und Verantwortung für die NS-Geschichte zu übernehmen.

## NORMAL-DASEIN

Der Erziehungswissenschaftler und Soziologe Aladin El-Mafaalani setzt diese Erwartungen in ein Spannungsverhältnis zu der Erwartung der von Integrationsabsichten Betroffenen und beschreibt damit sehr treffend ein Dilemma, das wir aus unserer Arbeit als Berater\*innen gut kennen:

„Während ein Teil der alteingesessenen Bevölkerung von integrierten Menschen erwartet, dass sie sich anpassen und unauffällig in der Masse aufgehen, erwarten sehr viele gut integrierte Postmigranten, in ihrer sprachlichen und religiösen Vielfalt und auch in ihrer



Mehrfachidentität als „deutschplus“ erkannt und anerkannt zu werden.“<sup>9</sup>

Auch in einigen Institutionen der sächsischen Jugendhilfe, u.a. der Offenen Arbeit, sehen Pädagog\*innen es als ihren primären Auftrag an, migrantisierte Jugendliche – v.a. junge Männer – zur Anpassung an sächsische Ordnung und Höflichkeit zu bewegen. Großen Wert legt eine der untersuchten Einrichtungen z.B. darauf, dass die Jugendlichen bitte und danke sagen, dass sie am Einlass zum Offenen Treff ihren Ausweis vorzeigen und dass sie drinnen keine gerösteten Sonnenblumenkerne essen.<sup>10</sup>

Während viele Akteur\*innen der sächsischen Mehrheitsgesellschaft also von migrantisierten Jugendlichen absolute Anpassung verlangen, fordern ihre Familien von ihnen oft Loyalität. El-Mafaalani resümiert:

„Die Heranwachsenden erleben diese Erwartungen in der Regel als doppeltes Dilemma. Man könnte auch sagen: Es handelt sich um zwei widersprüchliche Erwartungspaare, die lediglich in ihrer Widersprüchlichkeit zusammenpassen. Diese paradoxe Situation, die den Charakter eines doppelten strukturellen „Double Bind“ hat, bildet den Kern des Migrationsspezifischen für Heranwachsende.“<sup>11</sup>

Unsere Eltern, so empören sich Jugendliche einer Gruppe junger Einwander\*innen, wollen, dass wir lernen und gute Schulabschlüsse erreichen. Einer bringt den Konflikt auf den Punkt: „Sie sagen, sie haben ihr Leben aufs Spiel gesetzt, damit wir hier zur Schule gehen können. Oft denke ich dann: Hättet mal lieber nicht euer Leben riskiert!“ Die gleichen Jugendlichen sind es, die jede Handlung in ihrer Freizeit mit ihren Eltern absprechen, sich eine Erlaubnis einholen. Sie betonen oft die intakten Beziehungen innerhalb ihrer Familien.<sup>12</sup>

El-Mafaalani schreibt dazu:

„Wer verstehen will, weshalb Migrantenkinder ihren Eltern treu bleiben, die Welt nicht ganz eigenständig erkunden, nicht so stark oder nicht so früh wie andere nach Selbstverwirklichung streben, muss verstehen, dass diese Kinder für die Stabilität der Familie Mitverantwortung tragen. Deshalb halten sie den Eltern zuliebe sehr lange selbst dann noch an Regeln fest, wenn sie selbst nicht (mehr) von ihnen überzeugt sind.“<sup>13</sup>

In unserer Forschung haben wir festgestellt, dass viele Jugendarbeiter\*innen die Familien und Communitys migrantisierter junger Menschen kaum im Blick ha-

ben. Hinzu kommt, dass Sozialarbeiter\*innen zu selten ihre eigenen Stereotype hinterfragen. Sie verweisen bei dem Fehlen migrantischer, im Besonderen muslimischer Mädchen gern auf einen „kulturellen“ Unterschied, auf wahrscheinlich zu starke patriarchale Verhältnisse und einer damit einhergehenden Unterdrückung von Frauen und Mädchen im „islamischen Kulturkreis“. Erstaunlich daran ist einerseits das vorgebliche Wissen um die patriarchalen Verhältnisse des „islamischen Kulturkreises“ (und die darin mitschwingende Annahme, in mehrheitsdeutschen Familien sei das Patriarchat bereits überwunden). Andererseits stellt sich die Frage: Wenn Fachkräfte eine besondere Benachteiligung bei migrantisierten Mädchen wahrnehmen, warum entwickeln sie dann keine spezifischen Angebote für diese besonders vulnerable Gruppe? In Anbetracht des Selbstverständnisses von sozialer Arbeit als Menschenrechtsprofession ist diese Untätigkeit erstaunlich (vgl. Kulturbüro Sachsen 2021).<sup>14</sup>

## NORMAL- KULTUR

Die meist gut gemeinte interkulturelle Arbeit sucht häufig den exotisierenden Kick. Die Sozialarbeiter\*innen sind durchaus weitgereiste und belesene Kolleg\*innen. Doch noch zu oft wird ihre interkulturelle Arbeit durch unreflektierte Klischees bestimmt: Klangschalen sind eigentlich aus Fernost und Trommeln sind afrikanische Instrumente und Reis kommt aus China und russische Kinder essen sicher gern Soljanka. Und das ist alles sehr friedvoll, weil es kulturell ist. Somit kann einem friedvollen Begegnen der Kulturen doch eigentlich nichts im Wege stehen. Interkulturelles Kochen, Backen, Tanzen als konzeptionelles Arbeiten zum Kennenlernen kultureller Unterschiede und deren Akzeptanz wird unkritisch als migrationssensibles, internationales, interkulturelles Arbeiten anerkannt. Eine kritische Betrachtung dieser Konzepte offenbart einige Reproduktionen und auch Konstruktionen des „Andersartig“ machenden. Letztlich, so stellt El-Mafaalani fest, essen Kinder in Deutschland früh Cornflakes und Nutella<sup>15</sup> - unabhängig von der Herkunft ihrer Eltern. Die wenigsten migrantischen Eltern werden für den Einkauf der Frühstücksvorspeise in ihr Herkunftsland reisen. Was die Eltern dann ihren Kindern zum interkulturellen

Fest/ Abend/ Nachmittag/ Kennenlernen mitgeben, sind Lebensmittel, Instrumente, Kostüme, die in der Annahme der migrantischen Eltern die Erwartungen der netten migrationssensiblen pädagogischen Fachkräfte erfüllen und ihren Kindern also ein „sehr gut“ in der Bewertung ermöglichen. Eine besondere Situation erfahren Kinder, die rassifiziert werden und sie und deren rassifizierte Eltern damit in eine durch vorgeblich kulturelle Differenz ausgleichende pädagogische Arbeit in einen Rassismus produzierenden Prozess geworfen werden.

## NORMALE BEDROHUNG

Wir haben uns auf die Beschreibung der Normalisierungen von Rassismus als Erfahrung konzentriert. Die Erfahrung, „anders“ gemacht zu werden und das biografisch und generativ für die sächsische Mehrheitsbevölkerung zu bleiben, ist eine katastrophale Erfahrung für die jungen Menschen, für ihre Familien und ihre Communities. Rassismus ist für die rassifizierten jungen Menschen eine schmerzhaft individuelle Erfahrung. Diese wird zum großen Teil ihre dauerhafte und immer wieder neu gespeiste Lebenswirklichkeit sein. Es ist zudem eine dauerhafte Machtdemonstration und eine absichtsvolle Sicherung von Privilegien durch gesellschaftliche Einrichtungen. Die institutionelle Diskriminierung ist ihre Lebenswirklichkeit, wie die der negativen Differenz und der offenen Feindseligkeit. Diese Diskriminierung erfahren junge Menschen auch anhand von Regeln, wenn sie diesen Aufgang, diese Treppe, diese Schwimmanlage zu der Zeit, unter diesen Umständen nicht nutzen dürfen, wenn sie ihre Erstsprache nicht im Jugendhaus sprechen dürfen, sie keine religiösen Bekenntnisse tragen dürfen, es sei denn, es sind die Kreuze christlicher Kirchen.

Das Normalitätsbegehren von Rassifizierung und die damit einhergehenden Diskriminierungen sind zentral in der Erfahrung migrantisierter junger Menschen in Sachsen. Besonders schwer wiegt dabei, dass sich in seit Jahrzehnten eine soziale Bewegung<sup>16</sup> etablieren konnte, die als Rechte Volksbewegung einen Zulauf erfahren hat. Somit haben Rassismus und Apartheidvorstellungen, die Zurschaustellung und Einforderung von „White Supremacy“ einen gewissen Rückhalt in der Bevölkerung.

Im Rahmen unserer Forschung sind wir zu Besuch in einem Offenen Treff einer Mittelstadt, der seit Jahren als Anlaufpunkt für geflüchtete Jugendliche fungiert. Am Ende unseres Gesprächs fällt einer der Pädagog\*innen das Schild ein. Dieses große, bunte Schild mit der Aufschrift „Respekt – Kein Platz für Rassismus“, das sie vor einigen Jahren verliehen bekommen haben, als erste Einrichtung der Stadt. Das Schild wurde außen neben die Eingangstür gehängt, es gab eine feierliche Zeremonie, sogar die Bürgermeisterin war dabei, so erinnern sich die Pädagog\*innen mit leuchtenden Augen. „Wo ist das Schild eigentlich jetzt?“, fragen wir. Einer der Mitarbeiter

kramt es hinter dem Bartresen hervor, wischt sorgfältig den Staub ab. Das Schild wurde ständig beschmiert, als es noch draußen hing, erklärt er. Anfangs haben sie es noch sauber gemacht, aber irgendwann kamen sie nicht mehr hinterher. Seitdem liegt ihr Bekenntnis gegen Rassismus versteckt hinter dem Bartresen.

Es gibt in Sachsen keinen öffentlich zugänglichen Ort, an dem migrantisierte Jugendliche sicher wären, an dem sie nicht rassifiziert werden, nicht zur Projektionsfläche für die Demonstration von weißer Überlegenheit gemacht werden. Keinen Ort, nirgends.

1 | Die beschriebene Situation wurde uns von der Pädagogin anonymisiert geschildert; die Namen sind Pseudonyme.

2 | [https://www.bevoelkerungsmonitor.sachsen.de/download/12\\_bevoelkerungsentwicklung/statistik-sachsen\\_bevoelkerungsmonitor\\_bevoelkerungsgruppen\\_ag\\_deutsch\\_nicht\\_deutsch.pdf](https://www.bevoelkerungsmonitor.sachsen.de/download/12_bevoelkerungsentwicklung/statistik-sachsen_bevoelkerungsmonitor_bevoelkerungsgruppen_ag_deutsch_nicht_deutsch.pdf)

3 | Der Begriff „Menschen mit Migrationsvordergrund“ wird seit mehr als zehn Jahren von migrantischen Selbstorganisationen, migrantisierten Künstler\*innen und Aktivist\*innen sowie rassismuskritischen Wissenschaftler\*innen im deutschsprachigen Raum verwendet. Indem sie sprachlich den „Hintergrund“ in den „Vordergrund“ rücken, kritisieren sie sowohl gesellschaftlich verbreiteten Rassismus als auch seine Ignoranz durch die weiße Mehrheitsbevölkerung. Die Neuen deutschen Medienmacher\*innen (NdM) definieren in ihrem Glossar den Migrationsvordergrund als „eine meist augenzwinkernd gemeinte Selbstbezeichnung von Menschen, deren Migrationshintergrund sichtbar ist“. Link: <https://glossar.neuemediennmacher.de/glossar/migrationsvordergrund/>

4 | El-Tayeb, Fatima (2018) *Begrenzte Horizonte. Queer Identity in der Festung Europa. In: Spricht die Subalterne deutsch? Migration und Postkoloniale Kritik* hg. v. Steyerl, Hito/ Rodríguez, Encarnación Gutiérrez, Leipzig, S. 133

5 | vgl. [https://www.buergerundstaat.de/1\\_2\\_21/rassismus.pdf](https://www.buergerundstaat.de/1_2_21/rassismus.pdf)

6 | Terkessidis, Mark (1998). *Psychologie des Rassismus. Opladen, Wiesbaden. 83ff.*

7 | Angesichts der Tatsache, dass „Rasse“ bis ins mittlere 20. Jahrhundert als kaum bezweifeltes wissenschaftliches Konzept galt und auch angesichts der Ubiquität der angeblichen Vorurteile, ist es angemessener, von „rassistischem Wissen“ zu sprechen. (Terkessidis, Mark 1998. *Psychologie des Rassismus. Opladen, Wiesbaden. 83ff.*)

8 | El-Mafaalani, Aladin (2018, 2020): *Das Integrationsparadox. Warum gelungene Integration zu mehr Konflikten führt. Vollständig überarbeitete und erweiterte Neuauflage. Köln, S. 93*

9 | El-Mafaalani, Aladin (2018, 2020): *Das Integrationsparadox. Warum gelungene Integration*

zu mehr Konflikten führt. Vollständig überarbeitete und erweiterte Neuauflage. Köln, S. 87

10 | Auf diese Situation in einem Offenen Treff sind wir im Rahmen unserer Feldforschung gestoßen.

11 | El-Mafaalani, Aladin (2018, 2020): *Das Integrationsparadox. Warum gelungene Integration zu mehr Konflikten führt. Vollständig überarbeitete und erweiterte Neuauflage. Köln, S. 87 und S. 137*

12 | Mit der hier erwähnten Jugendgruppe kam die Fachstelle Jugendhilfe im Rahmen ihrer Forschungs- und Projektarbeit in Kontakt.

13 | Ebd.

14 | Kulturbüro Sachsen (2020): *Sachsens Zukunft. Junge Menschen mit Migrationsvordergrund und diskriminierungskritische Perspektiven auf Jugendhilfe in Sachsen (S. 22 f)*

15 | El-Mafaalani, Aladin (2018-2020) *Das Integrationsparadox. Warum gelungene Integration zu mehr Konflikten führt. Vollständig überarbeitete und erweiterte Neuauflage. Köln, S. 125*

16 | Nach 1996 konstatierten Koopmans/ Rucht: „Es existiert keine singuläre, alle heterogenen Erscheinungsformen umfassende rechtsextremistische Bewegung. Allerdings gibt es Hinweise auf bewegungsförmige Elemente innerhalb des Rechtsextremismus, die im Laufe der Zeit mehr oder weniger ausgeprägt sind.“ (Koopmans/ Rucht 1996: 284 f.) Einige Jahre später revidierte Rucht (2002) diese Position weitgehend, indem er zeigt, dass die gegenwärtige extremistische Rechte in Deutschland in weiten Teilen die Kriterien einer sozialen Bewegung erfüllt: Sie strebt einen grundlegenden sozialen Wandel an, kann als ein- wenn auch zum Teil grobmaschiges und löchriges- Netzwerk von Netzwerken beschrieben werden und tritt mit kollektiven Protesten an die Öffentlichkeit.



## - 2 -

## IN STAUPITZ STEHT EIN RECHTSROCKHAUS

Als im ehemaligen Gasthof von Staupitz die ersten Rechtsrockkonzerte stattgefunden haben, war die Kerngruppe des Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) noch aktiv und hatte ihre zentrale Basis in Sachsen. Die sächsische Sektion des Blood & Honour-Netzwerkes (B&H) und sein Umfeld waren zu diesem Zeitpunkt die maßgeblichen Organisator\*innen solcher Konzertveranstaltungen und des neonazistischen Musikbusiness im Bundesland. Und so waren diese Kreise und ihr Umfeld auch in Nordsachsen an der Organisation und Durchführung von Konzerten beteiligt. Die Verbindungen ebenjener Kreise zum Rechtsterrorismus wurden seitdem in zahlreichen journalistischen Recherchen, aber auch in den NSU-Untersuchungsausschüssen im Bundestag und in verschiedenen Landtagen nachgewiesen.<sup>1</sup> Die B&H-Organisation wurde bereits im Jahr 2000 verboten. Allerdings blieb dabei ausgerechnet die sächsische B&H-Sektion völlig unberührt. Im Gegensatz zum restlichen Bundesgebiet haben in Sachsen keine Razzien, Verhaftungen und Verfahren stattgefunden. Der regionale Ableger war bereits 1998 aus strategischen Gründen aus dem Netzwerk ausgetreten. Dies hatte zur Folge, dass die sächsischen Neonazis nach der staatlichen Repression gegen B&H einfach unbehelligt weiterarbeiten konnten.<sup>2</sup> Im Gerichtsprozess in München hat die Nebenklage festgestellt, dass B&H eine wesentliche ideologische und praktische Unterstützungsstruktur für den NSU darstellte und damit scheinbar zur Ermöglichung der terroristischen Straftaten beigetragen hat. Trotz alledem hat der Konzertort Staupitz den NSU, den Beginn seiner Aufarbeitung und die Konsequenzen völlig unbeschadet überlebt. In Staupitz haben in den letzten 14 Jahren mehrfach Konzerte stattgefunden, die vom B&H-Umfeld und seinen Nachfolgestrukturen

beworben worden sind oder bei welchen Bands aus dem B&H-Umfeld aufgetreten waren.<sup>3</sup> Seit dem Jahr 2008 lassen sich mehr als 100 Konzerte und genauso viele Bands zählen, die in dem kleinen sächsischen Örtchen auf der Bühne standen. Und ein Ende ist bis heute nicht in Sicht. Scheinbar haben sich die Menschen in Staupitz und die mediale Landschaft an das dortige rechtsextreme Konzertgeschehen gewöhnt. Es ist eine der sächsischen Normalitäten.

Rechtsrock ist ein tragendes Element der neonazistischen Szenen in Deutschland. Die Musik ist Botschafterin der menschenfeindlichen und antidemokratischen Ideologie in einer besonders radikalen Form. Alle Stilrichtungen, die der Rechtsrock zu bieten hat, sind durch extrem rechte politische Inhalte gekennzeichnet. Musik, Konzerte und Labels sind wichtige Kulturangebote des Rechtsextremismus. Der Rechtsrock stellt einen wesentlichen Mobilisierungsfaktor dar, um Menschen an die Szenen zu binden. Über Konzerte und die Zusammenarbeit bei der Produktion der Musik werden Netzwerke geschaffen und gepflegt. Nicht zu vernachlässigen sind auch die finanziellen Vorteile, die durch den Verkauf von Tonträgern oder Konzertkarten entstehen.

Der Gründer des B&H-Netzwerkes aus Großbritannien, Ian Stuart Donaldson, sagte bereits 1994: „Musik ist das ideale Mittel, Jugendlichen den Nationalsozialismus näherzubringen, besser als dies in politischen Veranstaltungen gemacht werden kann, kann damit Ideologie transportiert werden.“<sup>4</sup> Dieser Ausspruch hat bis heute nicht an Bedeutung verloren, auch wenn es wichtig ist klarzustellen, dass die Rechtsrockszene keine reine Jugendkultur darstellt, sondern inzwischen Menschen aller

Altersgruppen gleichermaßen erreicht. Extrem rechte Musik hat sich in den letzten 30 Jahren weiterentwickelt und bewegt sich heute musikalisch zwischen Rock, Hardrock, (Black-)Metal, Punk und Rap bis hin zu Liedermachern und Volksmusik. Im Rechtsrock sind eigene Lebens- und Erlebniswelten sowie umfangreiche Subkulturen entstanden. Oft existiert eine enge Verbindung mit anderen organisierten neonazistischen Strukturen, wie z.B. rechtsextremen Kampfsportszenen, Parteien wie der NPD und dem III. Weg oder wichtigen politischen Kadern.<sup>5</sup>

Im damaligen Staupitzer Gasthof haben in den 1980er und 1990er Jahren Dorfdiskos stattgefunden. Die Lokalität war in der Gegend bekannt und lockte am Wochenende junge Menschen aus den Dörfern und Kleinstädten Nordsachsens an. Das Dorf Staupitz hat gerade mal 300 Einwohner\*innen. Nach mehreren Eingemeindungen gehört es seit 2009 als ein Ortsteil zur Großen Kreisstadt Torgau, dem Zentrum des Landkreises. Seit 2008 lässt sich belegen, dass der Eigentümer des ehemaligen Gasthofes das Gelände an Neonazis vermietet, die an dem Ort einschlägige Konzerte durchführen. Zu einem durchschnittlichen Konzert kommen in Staupitz zwischen 150 und 200 Gäste. Stattgefunden hatten in der Vergangenheit aber auch einzelne Veranstaltungen mit deutlich mehr Teilnehmenden. Diese kommen vor allem aus Sachsen und Südbrandenburg, aber darüber hinaus auch aus allen anderen Bundesländern und teilweise sogar aus Österreich oder der Schweiz angereist. In den Anfangsjahren wurde die Tankstelle im nahegelegenen Mockrehna als Schleusungspunkt für die Konzerte genutzt. Inzwischen ist das nicht mehr nötig. Der Ort ist der neonazistischen Szene in der Bundesrepublik bestens bekannt. Gespielt haben in Staupitz alle Rechtsrockbands, die einen Namen in der Szene haben. Dabei war unter anderem die „Lunikoff-Verschwörung“ des Berliner Neonazis Michael Regener. Dieser war früher der Frontmann der Neonazi-Band „Landser“, die wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung in Tateinheit mit der Verbreitung von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen, Volksverhetzung, der öffentlichen Aufforderung zu Straftaten, der Billigung von Straftaten, der Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole und anderer Delikte rechtskräftig verurteilt wurde. Diejenigen, die im Umfeld der Band aktiv waren, spielten auch bei den Ermittlungen

rund um die Rechtsterrorist\*innen des NSU eine wichtige Rolle. In Staupitz gab mit der Band „Endstufe“ eine der dienstältesten Rechtsrockbands ein Konzert. Die Bremer Neonazis feierten im letzten Jahr ihr 40. Bühnenjahr. Die Band „Endstufe“ gilt als eine der wichtigsten und ältesten Bands der Hammerskin-Szene. Aber auch andere langjährige Rechtsrock-Größen wie „Sleipnir“, „Frontalkraft“ oder „Sachsonia“ standen in Nordsachsen schon auf der Bühne. Mit „Kategorie C“ spielte in Staupitz die wichtigste Band der rechten Hooliganszene in Deutschland. In einigen Texten der Band wird Gewalt verherrlicht und zum Attackieren politischer Gegner\*innen aufgerufen. Darüber hinaus standen Bands mit eindeutigen Namen wie „Uwocaust“, „Überzeugungstäter“, „12 Golden Years“, „Aryan Hope“ oder „Blitzkrieg“ in Staupitz vor einem Publikum auf der Bühne des alten Gasthofes. Gespielt haben in den letzten Jahren neben deutschen Bands auch Gruppen aus Schweden, Tschechien, Japan, USA, Australien und Italien. Die Rechtsrockkonzerte im alten Gasthof in Staupitz sind legal. Zwischen dem Eigentümer und den Behörden gibt es eine Vereinbarung, die besagt, dass pro Jahr bis zu zehn Konzerte durchgeführt werden dürfen. Diese Vorgabe wird außerhalb von Pandemiezeiten jedes Jahr voll ausgereizt. Der Eigentümer und die Veranstalter\*innen der Konzerte achten penibel darauf, dass die Auflagen der Behörden eingehalten werden. In den Vorankündigungen der Konzerte werden auch die Besucher\*innen dazu aufgefordert, bei der Anreise darauf zu achten, dass die Polizei bei möglichen Kontrollen nichts zu bemängeln hat. Zudem soll man sich als Besucher\*in des Gasthofes im Ort so bewegen, dass es zu keinen Beschwerden kommt. Der Gasthof und das Gelände werden in Ordnung gehalten, hin und wieder gab es Sanierungsarbeiten. Mehreren Presseberichten zufolge äußern sich die zuständigen Sicherheitsbehörden in Sachsen zu Staupitz einvernehmlich, dass man die Handlungsspielräume ausgeschöpft habe.<sup>6</sup> Bei Kontrollen durch die Polizei seien keine Straftaten festgestellt worden, die behördlichen Auflagen werden stets eingehalten, Eigentümer und Veranstalter\*innen verhalten sich kooperativ. Da das Objekt ein Privatgrundstück ist, kann die Polizei nach eigenen Angaben während des Konzertes den Innenraum des Gasthofes nicht überwachen. Auch aus Sicht der regionalen Verwaltung herrscht Ruhe und Ordnung. Es wurde geprüft, was zu prüfen ist – bauordnungsrechtliche Aufla-



gen, Hygienevorschriften, Brandschutz etc. –, alles wurde durch den Besitzer umgesetzt. Die Veranstalter\*innen der als privat deklarierten Konzerte halten sich an die vereinbarten Regeln. Die politischen Verantwortungsträger\*innen in Staupitz und Torgau haben bereits vor über zehn Jahren resigniert. Laut Medienberichten aus dem Jahr 2012 soll die Polizei der Stadtverwaltung von Torgau empfohlen haben, sich gegenüber Presseanfragen zum Thema nicht zu äußern. Mit diesem Argument wurde in den letzten 14 Jahren auch eine öffentliche Auseinandersetzung stets vermieden. Ein Projektantrag, der sich offensiv mit dem Konzertstandort beschäftigen wollte, wurde bei der Partnerschaft für Demokratie im Landkreis vor einiger Zeit abgelehnt. Mittels einer Ausstellung sollten die Konzerte in der Region thematisiert und Diskussionen vor Ort angeregt werden. Bis Redaktionsschluss war nicht bekannt, ob die Oberbürgermeisterin von Torgau selbst initiativ wurde, um über den formal-juristischen Verwaltungsrahmen hinaus gegen den Konzertstandort vorzugehen. Alle scheinen sich mit den herrschenden Zuständen abgefunden zu haben.

Das Bundesland Sachsen war bereits in den 1990er Jahren ein Eldorado für die neonazistische Konzert- und Musikszene. In den letzten 14 Jahren hatte Sachsen, auch dank der Aktivitäten in Staupitz, diese Vorreiterrolle in der Rechtsrockszene inne. In keinem anderen Bundesland gibt es eine so kontinuierlich aktive und umtriebige Szene rund um das extrem rechte Musikgeschehen. Staupitz ist nicht nur innerhalb Sachsens der bedeutendste Konzertstandort, sondern hat sich mit seiner inzwischen über 14jährigen Geschichte auch bundesweit zum Symbol für die erfolgreiche Umsetzung von Rechtsrockkonzerten einen Namen gemacht. Die Strategie von Torgau-Staupitz, auf einem Privatgrundstück die nötigen Auflagen zu erfüllen und in einem Agreement mit den zuständigen Behörden dann Rechtsrockkonzerte stattfinden zu lassen, wurde inzwischen in zahlreichen anderen Orten in Sachsen – wie z.B. in Langenhennersdorf – und auch darüber hinaus kopiert. Staupitz ist dabei das Paradebeispiel, wie es der gewaltbereiten Neonazi-Szene gelingen kann, die Rechtsrahmen so zu nutzen, dass eine erfolgreiche Durchführung von Konzerten möglich wird. Anders als in Torgau-Staupitz gelingt dies jedoch nicht überall. An vielen anderen Orten nutzen die zuständigen

Behörden und die politisch verantwortlichen Personen der Region nicht nur ihre formalen Verwaltungsrahmen, sondern erkennen die Kraft, die in zivilgesellschaftlichem Handeln stecken kann. Es werden zivilgesellschaftliche Bündnisse geschlossen, die es sich zum Ziel setzen, über einen langen Zeitraum überparteilich zusammenzuarbeiten, um den Neonazis keine ruhige Minute mehr zu gönnen. Es werden Bildungsveranstaltungen durchgeführt, um in der Region darüber aufzuklären, welche Gefahr von rechtsextremem Denken ausgeht. Es werden Feste veranstaltet, die sich deutlich für demokratische Werte, für Nächstenliebe und gegen rechtsextremes Gedankengut positionieren und bei denen der Ort und seine Menschen eingebunden werden.<sup>7</sup> Es werden Fachjurist\*innen konsultiert, um gemeinsam nach weiteren Möglichkeiten zu suchen, das Konzertgeschehen einzuschränken. Es finden eigene Konzerte in der Region statt, bei denen rechtsextremes Gedankengut keinen Platz hat. Es wird nicht nachgelassen, den Eigentümer\*innen und Veranstalter\*innen von Rechtsrockkonzerten als Bündnis immer wieder aufs Neue deutlich zu machen, dass die Anwesenheit von Neonazis in der Region unerwünscht ist. An einigen Orten ist man mit diesem Ansatz erfolgreich. Das wäre auch ein Weg für Torgau-Staupitz, die Normalität zu verändern.



1 | Vgl. u.a. NSU-Watch (2020). S. 61 ff.

2 | Vgl. u.a. Kulturbüro Sachsen (2018). S. 17

3 | Konzerte wurden in der Vergangenheit u.a. vom britischen B&H-Ableger beworben. Aufgetreten sind u.a. die Bands „Fehér Törvény“, „Neubeginn“ oder „Mistreat“, die dem B&H-Netzwerk zugerechnet werden.

4 | Vgl. u.a. Kreter (2020). S. 320

5 | Vgl. u.a. Raabe (2019). S. 19 ff.

6 | Vgl. u.a. Torgauer Zeitung vom 05.11.2012 oder Rhein-Zeitung vom 18.04.2016.

7 | Dies ist in der Vergangenheit z.B. in Rothenburg/Geheege oder in den letzten Jahren in Ostritz gelungen.

#### Literaturverzeichnis:

##### Kreter, Maximilian (2020):

Sachsen und Thüringen – Hochburgen des Rechtsrock?, In: Backes, Uwe/ Kailitz, Steffen (Hg.): Sachsen – eine Hochburg des Rechtsextremismus?, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 315-337.

##### Kulturbüro Sachsen (2018):

Unter den Teppich gekehrt. Das Unterstützungsumfeld des NSU in Sachsen, 2. Auflage, Dresden: Eigenverlag.

##### NSU-Watch (2020):

Aufklären und einmischen. Der NSU-Komplex und der Münchener Prozess, Berlin: Verbrecher-Verlag.

##### Raabe, Jan (2019):

Rechtsrock in Deutschland. Funktion, Entwicklung, zentrale Akteure – Umriss eines wachsenden Problems, In: Botsch, Gideon/ Raabe, Jan/ Schulze, Christoph (Hg.): Rechtsrock. Aufstieg und Wandel neonazistischer Jugendkultur am Beispiel Brandenburgs, Berlin: Be.bra Wissenschaft Verlag, S. 19-44.



- 3 -

## IMMER WIEDER MONTAGS

Als im November 2013 zeitweise bis zu 1.800 Menschen mit Fackeln bei den sogenannten Lichtelläufen durch Schneeberg zogen und gegen die Unterbringung von Menschen auf der Flucht demonstrierten, erlangte die sächsische Kleinstadt im Erzgebirge bundesweite Bekanntheit. Die offen rassistischen Demonstrationen, organisiert von NPD-Kader Stefan Hartung, bei denen sich wiederholt hunderte Menschen anschlossen, sorgten für Empörung und Aufregung im ganzen Land. Im Frühjahr 2022, fast neun Jahre später, ist es schwer, den Überblick sowohl über Teilnehmendenzahlen als auch Orte zu behalten, an denen rechte Demonstrationen in Sachsen stattfinden. Klar ist, dass 2021/22 phasenweise im Schnitt täglich Aufzüge stattfanden und in einigen Wochen diese sachsenweit mehrere zehntausend Teilnehmende verzeichneten. Rechter Protest<sup>1</sup>, 2013 als Lichtelläufe begonnen oder bezeichnet, seit 2014 euphemistisch zu Spaziergängen erklärt, gehört - so die harte Beobachtung - zur Normalität in Sachsen. Der Beitrag möchte im Folgenden die Entwicklung und Normalisierung von rechtem Protest nachzeichnen und dabei entscheidende Normalisierungsschritte aufdecken.

### PEGIDA UND DIE RASSISTISCHE PROTESTWELLE SEIT 2014

Im Oktober 2014 stießen die rechtspopulistischen Demonstrationen der „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida) eine rassistische Protestwelle an. Allein 727 rechte Demonstrationen zählte die journalistische Recherche „Rechtes Sachsen“<sup>2</sup>

im Jahr 2015. Der Schwerpunkt lag in der Region Dresden, der Pegida-Kernstadt, aber die Karte zeigt, dass in allen Landkreisen und Regionen in Sachsen rassistische Aufmärsche stattfanden. Neben Pegida und der AfD waren es vor allem lokale Bürger\*inneninitiativen gegen Geflüchtete, welche die Proteste organisierten. Hinter den vermeintlichen Bürger\*inneninitiativen steckten nicht selten extrem rechte Akteur\*innen, welche sich so einen bürgerlichen Anstrich verschaffen konnten.<sup>3</sup> Zwar ebnete die Welle mit den Jahren ab, jedoch blieb mit Pegida ein rassistischer Protestmarsch in der sächsischen Landeshauptstadt bestehen, welcher im Herbst 2021 seinen siebten Jahrestag hatte und regelmäßig hunderte bis tausend Menschen mobilisierte.

Mit den Ausschreitungen in Chemnitz 2018 kam es zudem zum offenen Schulterschluss der extremen Rechten, vom parlamentarischen Flügel um die AfD über neurechte Organisationen bis hin zu rechten Hooligans und Nazigruppierungen. In der Protestdynamik im Spätsommer 2018 in Chemnitz spielte die extrem rechte Vereinigung „Pro Chemnitz“ um den Rechtsanwalt Martin Kohlmann eine entscheidende Rolle.

Im Fahrwasser dieser rassistischen Protestwelle normalisierte sich rechte und rassistische Gewalt auf der Straße. Mit den Pegida-Aufmärschen in Dresden stieg die Anzahl der rechten Angriffe in Sachsen laut der RAA Opferberatung auf den bisher traurigsten Höhepunkt seit Beginn ihrer Tätigkeit, auf 477 (2015) sowie 435 (2016).<sup>4</sup> In den Regionen, wo offen neonazistische Organisationen den Protest bestimmten, gipfelten die Demonstrationen in rechten Ausschreitungen. In Erinnerung geblieben sind hier die Krawalle in Heidenau im August 2015, die rassistische Hetzjagd und Brandan-



schläge in Bautzen im Sommer 2016 sowie der rechte Terror, die später als terroristische Vereinigung verurteilte „Gruppe Freital“ im Jahr 2015 sowie der organisierte rechte Überfall auf Leipzig-Connewitz im Januar 2016. Mit Blick auf die Effekte und Auswirkungen der rassistischen Protestwelle seit Pegida lässt sich festhalten:

„Normalität seit Pegida bedeutet, dass aus seit Jahren bestehenden menschenverachtenden Einstellungsmustern Handlungen resultieren. Die unterschiedlichen Spektren der extremen Rechten [...] schaffen unterschiedliche Aktionsangebote für sich kanalisierende menschenverachtende Einstellungen. [...] In dieser Entwicklung war Pegida als Akteur ein entscheidender Faktor, der [...] durch seine Kontinuität die Aktionsangebote ausweitete und so entscheidenden Einfluss auf extrem rechtes Verhalten hatte.“ (Richter, 2017:145)

### DIE FREIEN SACHSEN UND DER ANSCHLUSS AN NEUE MILIEUS

Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes im April 2020 über die Aufhebung kompletter Versammlungsverbote im Zuge der Corona-Maßnahmen, kam es

in Sachsen am 20. April 2020 zu den ersten Versammlungen aus dem Spektrum der extremen Rechten. Es waren Pro Chemnitz um Martin Kohlmann sowie Pegida in Dresden, die zu Kundgebungen aufriefen. In Chemnitz endeten diese bereits mit Auseinandersetzungen mit der Polizei und gingen einher mit einer Fake-News-Kampagne in neurechten Medienportalen. Aus dem Umfeld der früheren Wellenlänge<sup>5</sup> sind erste Ansammlungen in Dresden organisiert worden. Die dennoch sehr heterogenen Milieus, welche sich zu den Protesten ansammelten, führten jedoch dazu, dass sich die extreme Rechte strategisch im Hintergrund hielt. Strukturell konnten die Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen jedoch an die Erfahrungen der rechten Protestwelle aus den Vorjahren anknüpfen (Vgl. Begrich 2022) und insbesondere extrem rechte Akteur\*innen stellten vielerorts den organisatorischen Rahmen. Auch bezüglich der Einstellungen und Motive der Teilnehmenden dominiert in den ostdeutschen Bundesländern bei ihnen ein rechtes Weltbild (Vgl. Nachtwey et al. 2020). Die Proteste konnten an die bereits bestehenden rechten Narrative aus der Welle der Vorjahre anknüpfen. Die rechtspopulistischen Erzählungen von „Lügenpresse“, „Merkel-Diktatur“ sowie der mangelnden Meinungsfreiheit schwenkten von der Flüchtlingspolitik auf die Corona-Politik. Der offene Ras-

sismus wich einem antisemitischen Aufladen und dem Bündeln in rechten und antisemitischen Verschwörungserzählungen, selbstlegitimiert durch eine offene Wissenschaftsleugnung.

Mit den bundesweiten Querdenken-Demonstrationen in Berlin im August 2020 trat die extreme Rechte erstmals offen auf. Das komplette Spektrum mobilisierte nach Berlin und zeigte sich bei den Protesten. Dieses Signal kam auch in Sachsen an und die extreme Rechte agierte nicht mehr nur organisatorisch im Hintergrund, sondern zeigte sich deutlich innerhalb der Proteste. Im November 2020 mobilisierten rechte Hooligans und Neonazigruppen öffentlich zur bundesweiten Querdenken-Demonstration nach Leipzig. Es waren diese Gruppierungen, die in den ersten Reihen den verbotenen Aufzug gegen die Polizei auf dem Leipziger Innenstadt-Ring durchsetzten und dafür von den anderen Demonstrant\*innen öffentliche Anerkennung bekamen. Es war der endgültige Schulterchluss der Querdenken-Proteste mit der extremen Rechten und der Beweis, dass rechte Gewalt innerhalb dieser Proteste ein legitimes Mittel darstellt.

Im Frühjahr 2021 gründete sich die extrem rechte Kleinstpartei „Freie Sachsen“. Einige der Führungspersonen sind alte Bekannte aus der rassistischen Protestwelle der Vorjahre: Stefan Hartung (NPD), 2013 noch Organisator der Aufmärsche in Schneeberg, Rechtsanwalt Martin Kohlmann, Kopf von Pro Chemnitz, und einer der Wahlverteidiger der als terroristisch verurteilten „Gruppe Freital“. Die Freien Sachsen haben es geschafft, den bisher dezentralen rechten Protesten eine gemeinsame Außenwirkung zu geben und sich Ende 2021 teilweise zu deren Sprachrohr stilisiert.<sup>6</sup> Insbesondere Telegram-Kanäle dienen als Medium, um die Proteste gebündelt sichtbar zu machen, zu mobilisieren sowie ideologisch zu unterfüttern.

Ähnlich wie in der ersten rechten Protestwelle kommt es insbesondere dort zu Gewalttaten und Ausschreitungen, wo die Aufmärsche von einer gut organisierten neonazistischen Szene dominiert werden. So stehen wieder die Stadt Bautzen, der Dresdner Stadtteil Laubegast, aber auch die Sächsische Schweiz (Heidenau, Pirna) und das Umland von Chemnitz (Zwönitz) im Mittelpunkt rechter Gewalt. Die Angriffe auf Journalist\*innen, die Fackel-Aufmärsche vor Privathäusern

von Politiker\*innen sowie vereinzelte Angriffe auf Impf- und Testzentren zeigten: Gewalt ist ein legitimes Mittel. Dennoch - das Ausmaß und die Zielstrebigkeit aus den Jahren 2015 und 2016 erreichte die Gewalteskalation bisher noch nicht. Hierfür fehlt es an den alltäglichen Gelegenheitsstrukturen sowie klaren Feindbildern. Die Gewalt ist vielmehr Teil der Demonstrationsdynamik und im Gegensatz zu den rassistischen Angriffen in den Jahren 2015/16 nicht in den Alltag eingebettet.<sup>7</sup>

In der Omikron-Welle zum Jahreswechsel 2021/22 haben jedoch Anzahl und Teilnehmendenzahlen der Proteste eine Dynamik erreicht, welche jene aus der ersten Protestwelle deutlich übersteigt. Dies liegt insbesondere daran, dass es die rechten Corona-Proteste geschafft haben, neue Milieus für sich zu gewinnen. „Protest als relativ unverbindliche kollektive Form des politischen Handelns scheint an dieser Stelle ein Scharnier zwischen verschiedenen Milieus zu bilden.“ (Dieffenbach et al. S.5). Die Selbstdeklaration als Spaziergang sowie die Tatsache, dass auf vielen Aufmärschen kaum politische Reden gehalten werden und keine inhaltlichen Aufrufe kursieren, scheint hier eher verstärkend zu wirken, da so Differenzen verborgen bleiben. Rechtspopulistische Parolen auf Transparenten oder Schildern bilden dann den kleinsten gemeinsamen Nenner. Das offene Auftreten von extrem rechten Kadern wie Stefan Hartung oder Martin Kohlmann sowie gewaltbereiten Neonazis macht deutlich: Die Demonstrant\*innen haben keinerlei Berührungängste mit menschenverachtenden und verschwörungsideologischen Positionen und Personen. „Das Feld der Proteste, die entweder unmittelbar von rechts angestoßen wurden oder Anknüpfungspunkte für entsprechende Ideologien und Akteur\*innen bieten, ist demnach weit gefächert und zwar, weil oftmals keine scharfen Grenzziehungen zwischen rechten und anderen Gruppen bestehen.“ (ebd.).

## DIALOG ALS RITUALISierter UMGANG

Die Dynamik und Normalität des rechten Protests in Sachsen allein aus der gut organisierten und erfahrenen rechten Szene zu erklären, greift jedoch zu kurz und

nimmt politische Entscheidungsträger\*innen aus der Verantwortung. Die Normalität rechten Protests in Sachsen ist geprägt von einer Sicherheitspolitik, die nach neun Jahren rechter Demonstrationen und Ausschreitungen die Gefahr und Dynamik dieses Protests weiterhin unterschätzt. Während bei linken Demonstrationen ein umfangreiches Polizeiaufgebot präsent ist, waren die rechten Ausschreitungen in Heidenau 2015, Chemnitz 2018 sowie Leipzig 2020 von einer völligen Unterbesetzung der Polizei gekennzeichnet. Die sächsischen Innenminister wiesen jegliche Kritik daran stets zurück. Im Gegenteil, teilweise zeigten sie offenes Verständnis für die Proteste und verzichteten auf eine Polizeistrategie, welche der Demonstrationsdynamik klare Grenzen setzt.<sup>8</sup>

Jenseits der Sicherheitsbehörden wird in Sachsen versucht, die Protestdynamik mittel Dialog einzuhegen. Ganz nach dem Motto des ehemaligen sächsischen Innenministers a.D. Markus Ulbig: „Einen Diskurs, der auf der Straße begonnen hat, in einen Dialog zu wandeln und zu lösen“.<sup>9</sup> Während in vielen Regionen außerhalb von Sachsen Entscheidungsträger\*innen offen zum Gegenprotest aufriefen und den Rassismus sowie die menschenverachtende Ideologie der Proteste thematisierten, sah dies in weiten Teilen Sachsens anders aus. Der Umgang mit dem rechten Protest war geprägt vom Dialog mit sogenannten besorgten Bürger\*innen. Dialog wurde zum Herzstück der politischen Auseinandersetzung mit der rechten Protestdynamik. Diese Strategie führte die Pegida-Organisator\*innen in die sächsische Landeszentrale für politische Bildung oder Demonstrant\*innen zu einem Gespräch mit dem Ministerpräsidenten vor dessen Privathaus, in den Großen Garten oder an den Runden Tisch in die Staatskanzlei. Mit dem Dialog ist in der rechten Protestwelle ein Ritual entstanden, welches rassistische Aussagen, Verschwörungserzählungen und menschenverachtende Einstellungen zu sogenannten Ängsten und Sorgen verklärt und damit erheblich zur Normalisierung dieser Positionen geführt hat.<sup>10</sup> Als vom Dresdner Oberbürgermeister Dirk Hilbert 2016 das Jahr des Dialogs ausgerufen wurde, fanden diverse Dialogveranstaltungen statt, in deren Rahmen Schwarze angefeindet, Menschen auf der Flucht das Wort genommen und antirassistische Aktivist\*innen niedergeschrien wurden. Dem offenen Rassismus und der Menschenverachtung in diesen Dialogen sind keinerlei

menschenrechtsorientierte Grenzen gesetzt worden. Vielerorts sind sie zum Selbstermächtigungsraum für rechte Wortergreifungsstrategien geworden. Diejenigen, die in Sachsen heute behaupten, dass sie bei einer Dialogveranstaltung niemanden ausschließen wollen und auch Menschen mit rechten Positionen im Dialog öffentlich zu Wort kommen lassen, tragen zur Manifestation bestehender Ungleichheiten bei. Viele marginalisierte Gruppen oder Menschen mit Rassismuserfahrungen bleiben solchen Veranstaltungen fern. Dabei ist gerade das Empowerment der Diskriminierten und das Stärken der Stimmen, die sonst nicht gehört werden die Aufgabe, die heute noch viel zu wenig umgesetzt wird. So wichtig die Begründung politischer Entscheidungen gegenüber den Bürger\*innen sein mag, umso wichtiger sind klare Grenzziehungen nach rechts in diesen Erklärungen. Gesprächsformate so zu gestalten, dass sie keine rassistische Wortergreifungsstrategie zulassen und damit nicht der Gefahr der Normalisierung rechter Positionen unterliegen, dazu haben das Kulturbüro Sachsen sowie der Bundesverband Mobile Beratungen zahlreiche Papiere und Handreichungen veröffentlicht.

Der Blick auf die letzten Jahre zeigt: Rechter Protest ist in Sachsen zur Normalität geworden. Immer wieder entstehen dynamische Demonstrationswellen, welche auf gut organisierte und erfahrene rechte Organisationsstrukturen zurückgreifen können. Die politische Aufwertung der Proteste durch Einladungen von rechten Organisator\*innen in politische Gremien oder das Aufsuchen von Protesten sind hier jedoch der falsche Umgang. Kundgebungen und Demonstrationen sind nicht der Rahmen, in dem sachliche Gespräche stattfinden oder Politiker\*innen Entscheidungen erläutern können. Fehlen die Grenzziehungen nach rechts und eine klare Markierung rassistischer und menschenverachtender Positionen sowohl in der symbolischen Kommunikation als auch im Dialog, dann führt dieser Umgang zu einer Normalisierung dieser Positionen und lässt rechten Protest als legitime Handlung erscheinen. Die aktuellen Entwicklungen zeigen: ein Ende dieser Proteste ist mittelfristig nicht abzusehen. Schon jetzt bedienen rechte Gruppierungen in Telegram-Gruppen oder anderen Medien die Narrative vom „Klimaschwindel und -hysterie“. Die dabei verwendeten Methoden der Wissenschaftsleugnung sind im Zuge der Corona-Pandemie salonfä-

hig geworden. Entsteht hier im Zuge des kommenden Kohleausstiegs oder anderer Klimaschutzmaßnahmen eine neue Protestdynamik, dann ist es die Aufgabe der politischen Entscheidungsträger\*innen, einen Umgang zu entwickeln, welcher eine klare Grenzziehung zu menschenverachtenden und rechten Positionen beinhaltet.

1 | Rechter Protest wird im Sinne des Instituts für Protest und Bewegungsforschung verstanden. Er bezieht sich auf eine Ideologie der Ungleichwertigkeit, sozialer Dominanzstrukturen sowie gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. (Vgl. Diefenbach et al, 2021 S.4).

2 | <https://www.rechtes-sachsen.de/> Stand: 03.03.2022.

3 | Beispielhaft seien hier die Proteste der sogenannten Wellenlänge in Heidenau und Laubegast, aber auch die Proteste in Chemnitz-Einsiedel genannt, welche enge Verbindungen zu Strukturen der extremen Rechten aufwiesen.

4 | Vgl. <https://www.raa-sachsen.de/support/statistik> Stand: 03.03.2022.

5 | Die Wellenlängen waren Bürger\*inneninitiativen aus dem Raum Dresden, welche sowohl in einzelnen Stadtteilen, insbesondere im Dresdner Osten, als auch im Umland (Heidenau, Meißen) aktiv waren. Sie kooperierten offen mit Neonazis und radikalisierten sich in den letzten Jahren deutlich.

6 | Zwar organisierten die Freien Sachsen nicht alle Aufzüge, schafften jedoch in ihrem Telegram-Kanal eine Übersicht. Sie erzeugten somit den Eindruck einer vermeintlich koordinierten Protestbewegung.

7 | Die Eskalation spiegelt sich wahrscheinlich in alltäglichen Diskussionen über Maskenpflicht, Test- und Impfnachweise in Supermärkten, Restaurants etc. wider, jedoch hat sie nicht das Gewaltausmaß wie die rassistischen Mobilmachungen der Vorjahre.

8 | Vgl. [https://www.tolerantes-sachsen.de/innenminister-woller-setzen-sie-die-corona-notverordnung-konsequent-durch-und-schutzen-sie-die-burger\\_innen/](https://www.tolerantes-sachsen.de/innenminister-woller-setzen-sie-die-corona-notverordnung-konsequent-durch-und-schutzen-sie-die-burger_innen/) Stand: 23.03.2022.

9 | <https://www.saechische.de/cdu-geht-auf-pegida-chefin-zu-3024983.html> Stand: 03.03.2022.

10 | Vgl. <https://www.diss-duisburg.de/2016/11/johannes-richter-die-effekte-von-zwei-jahre-pegida/> Stand: 03.03.2022.

#### Literaturverzeichnis:

##### Begrich, David (2022):

„Spaziergänge in Ostdeutschland: Nazis als Bannerträger“, <https://www.blaetter.de/ausgabe/2022/februar/spaziergaenge-in-ost-deutschland-nazis-als-bannertraeger> Stand: 29.03.2022.

##### Diefenbach, Aletta/Knopp, Philipp/Kocyba, Piotr/Sommer, Sebastian (2021):

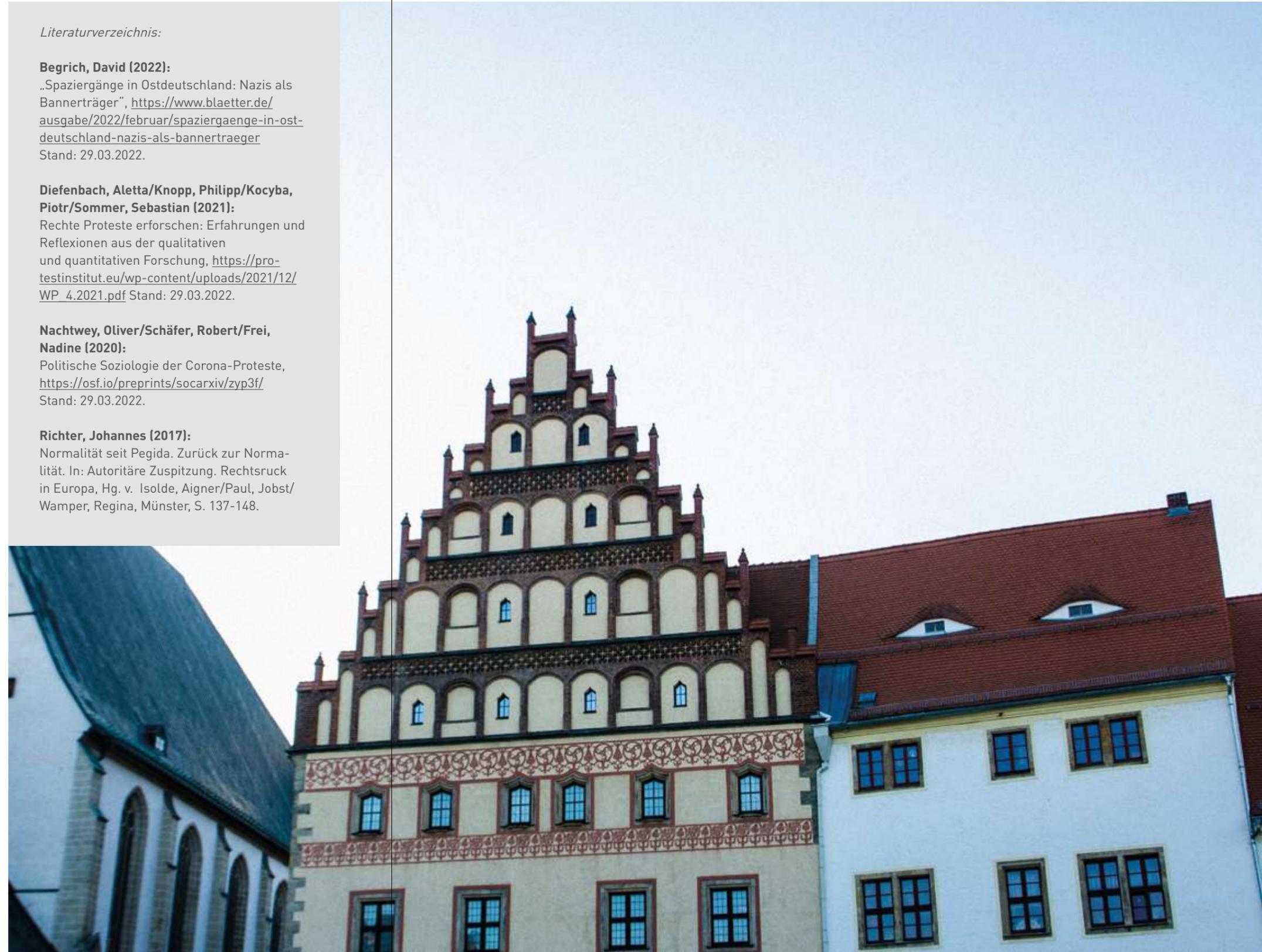
Rechte Proteste erforschen: Erfahrungen und Reflexionen aus der qualitativen und quantitativen Forschung, [https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2021/12/WP\\_4.2021.pdf](https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2021/12/WP_4.2021.pdf) Stand: 29.03.2022.

##### Nachtwey, Oliver/Schäfer, Robert/Frei, Nadine (2020):

Politische Soziologie der Corona-Proteste, <https://osf.io/preprints/socarxiv/zyp3f/> Stand: 29.03.2022.

##### Richter, Johannes (2017):

Normalität seit Pegida. Zurück zur Normalität. In: Autoritäre Zuspitzung. Rechtsruck in Europa, Hg. v. Isolde, Aigner/Paul, Jobst/Wamper, Regina, Münster, S. 137-148.



## - 4 -

## AUGEN ZU UND DURCH

## EINLEITUNG

„Ist es besser, den Bus zu nehmen, aus dem man nicht mehr rauskommt, wenn Glatzen einsteigen? Oder besser laufen oder Fahrrad, aber dann bist du zu langsam, wenn sie dich mit dem Auto jagen?“<sup>1</sup> Diese Fragen stellt Daniel Schulz in seinem Essay *Wir waren wie Brüder* und vermittelt damit einen Eindruck von der Lebensrealität Betroffener rechter Gewalt in den 1990er und 2000er Jahren. Neben Schulz' Essay und gleichnamigem Roman sind in den letzten Jahren mit Manja Präkels' *Als ich mit Hitler Schnapskirschen aß* oder Hendrik Bolzes *Nulljahre* verschiedene Romane erschienen, in denen rechte Hegemonie und Gewalt in Ostdeutschland literarisch aufgearbeitet werden. Verbunden mit dem Hashtag „Babaseballschlägerjahre“ werden die Erlebnisse und Schilderungen rechter Gewalt zunehmend auch in der Presselandschaft und in Sozialen Netzwerken thematisiert. Für lokale, zivilgesellschaftliche Initiativen und Vereine stellt die Sichtbarmachung der Betroffenenperspektive seit Jahrzehnten ein zentrales Anliegen ihrer Arbeit dar, das bis heute nicht an Aktualität verloren hat. Diese Perspektive aufnehmend, nähert sich der vorliegende Artikel dem Schwerpunkt der Kontinuitäten mit einem Fokus auf die Betroffenen rechter Gewalt in der Stadt Wurzen.

## DIE 90ER UND NULLERJAHRE

Seit den 1990er Jahren eilt Wurzen der Ruf einer Schwerpunktregion der extremen Rechten voraus. Der sächsische Verfassungsschutzpräsident sah in der Stadt an

der Mulde 1996 gar das „wohl wichtigste Zentrum der Neonazis in Deutschland.“<sup>2</sup> Und in der Tat entwickelte sich in Wurzen in der Nachwendezeit eine extrem rechte Hegemonie mit rechten Jugendclubs, gewalttätigen Übergriffen und einem permanenten Klima potenzieller Bedrohung für all diejenigen, die von Neonazis als Feinde markiert wurden. Bereits in dieser Zeit wurden die Zustände in Wurzen thematisiert, so beispielsweise in der 1996 erschienenen antifaschistischen Broschüre *Wurzen – Das Ende faschistischer Zentren, wie wir sie kennen*. Und mit dem Netzwerk für Demokratische Kultur e.V. (NDK) sowie der Opferberatung *Amal* etablierten sich Ende der 1990er und zu Beginn der 2000er Jahre zivilgesellschaftliche Akteur\*innen, die Übergriffe und Ereignisse dokumentierten und der rechten Hegemonie etwas entgegenstellten. Durch die Chronik *Ganz weit Rechts* des NDK, die genannte antifaschistische Broschüre sowie der auf diversen Interviews beruhenden Veröffentlichung *Mein Sohn wurde von Rechten zusammengeschlagen* vom Kulturbüro Sachsen e.V. sind neonazistische Taten und die Wahrnehmungen und Erfahrungen von Betroffenen in Wurzen für die Zeit um den Jahrtausendwechsel außergewöhnlich gut dokumentiert.

Waren zu Beginn der 1990er Jahre vorwiegend alternativ oder migrantisch markierte sowie wohnungslose Personen zum Ziel von verbalen und körperlichen Angriffen geworden, konstatieren die Autor\*innen des *Kulturbüro Sachsen* in ihrer Broschüre 2004, „daß auch ‚ganz normale‘ Jugendliche Opfer gewaltsamen Handelns werden und Gewalt als legitimes Mittel zur Durchsetzung von Regeln und rechter Ideologie Einsatz findet.“<sup>3</sup> Situativ konnten also alle Personen zum Ziel von Übergriffen werden. In der Regel fanden sich unter den Betroffenen

jedoch Menschen, die von Neonazis einer der oben genannten Kategorien zugerechnet wurden. Während schwere Gewalttaten für ein gewisses mediales Aufsehen sorgten, schilderten Betroffene häufig die Unsicherheit im alltäglichen Leben und im öffentlichen Raum. Die in Jena aufgewachsene Politikerin Katharina König-Preuss nutzt hierfür den Begriff der „atmosphärischen Gewalt“ und meint damit unter anderem die Erlebnisse, die Menschen im Alltag machen: Blicke, die geworfen werden; Beleidigungen, die im Vorbeigehen gezischt werden; bestimmte Orte permanent, andere zu bestimmten Uhrzeiten meiden zu müssen.<sup>4</sup> Die Einschränkung der eigenen Autonomie, welche die permanente Bedrohungslage abseits einzelner körperlicher Angriffe mit sich brachte, beschreibt ein Wurzener Antifaschist in den 1990er Jahren mit den Worten: „Durch Wurzen gehe ich schon lange nicht mehr. Tagsüber eventuell noch mit dem Fahrrad, sonst alles nur mit dem Auto.“<sup>5</sup> An dieser Bedrohungslage hatte sich auch nach dem Jahrtausendwechsel wenig geändert. Die Chronik des NDK führt allein für September und Oktober 2003 drei Fälle auf, bei denen Jugendliche während Radfahrten durch Wurzen von ihren Rädern geschlagen und verprügelt wurden. Darüber hinaus kam es gerade im Nachgang von Veranstaltungen und Konzerten wiederholt zu körperlichen Angriffen auf „alternative Jugendliche“. Diese Dominanz und Gewalt im öffentlichen Raum bedrohte nicht nur die körperliche

Unversehrtheit von betroffenen Personen, sie richtete sich auch gegen deren Räumlichkeiten, Wohnungen oder Geschäfte und bedrohte damit vermeintlich sichere Rückzugsorte. Ein Antifaschist berichtete über einen solchen Angriff folgendes: „Die sind nachts, weil es gleich unten war, durch Türen und Fenster reingekommen, haben ihn zusammengelegt, die Wohnung verwüstet und sind wieder abgehauen. So massiv passiert das eigentlich selten, weil sogenannte Linke meistens nicht Parterre wohnen. Aus Sicherheitsgründen.“<sup>6</sup> Die verheerenden psychischen Folgen solcher Übergriffe deuten sich in dem Umstand an, dass die betroffene Person unmittelbar nach dem Überfall aus der Wohnung auszog. Neben Privatwohnungen wurden auch Orte der Gegenkultur zum Ziel von Angriffen. Einen traurigen Höhepunkt stellte dabei ein Rohrbombenanschlag auf die Bürogemeinschaft des *Kulturbüro Sachsen*, des NDK und der Initiative *Amal* im November 2004 dar. Die Täter\*innen des Anschlags wurden bis heute nicht ermittelt.

Den Versuchen der öffentlichen Raumnahme fielen zudem Ladengeschäfte zum Opfer. Etlliche Male wurden Imbisse, Gemüseläden oder Textilwarengeschäfte, deren Inhaber\*innen rassistisch markiert wurden, angegriffen und verwüstet. Ein Imbiss in der Friedrich-Ebert-Straße wurde allein Anfang der 2000er Jahre achtmal zum Ziel rechter Angriffe. Laut der Chronik des NDK Wurzen kursierten unter Wurzener Unternehmer\*innen Gerüchte,





dass die Inhaber\*innen selbst hinter den Taten stecken und sich gegenseitig die Scheiben einwerfen würden. Solche Mutmaßungen verweisen auf ein weiteres zentrales Merkmal in der Wahrnehmung von Betroffenen rechter Gewalt: neben der atmosphärischen und physischen Gewalt waren die Reaktionen in der Stadtgesellschaft geprägt von Misstrauen und Leugnungen gegenüber dem Erlebten. In dem eingangs zitierten Essay macht Daniel Schulz auf die Auswirkungen für Betroffene aufmerksam, wenn er schreibt: „Es gibt kein Problem mit Rechtsextremismus, sagten die Bürgermeister, wenn wieder mal einer verpocht wurde oder starb. Ich fragte mich, wer verrückt ist, die oder ich?“<sup>8</sup>

Diese fehlende Anerkennung und Solidarität gegenüber den Betroffenen rechter Gewalt hatte viele Gesichter und erhebliche psychische Folgen: Lokalpolitiker\*innen, die eine Täter-Opfer-Umkehr betrieben, Polizist\*innen, die bei Übergriffen nicht einschritten, oder lokale Medien, die rechte Gewalt als Streitigkeiten zwischen Jugendlichen abtaten. Auch für Wurzen lässt sich dieses Muster nachzeichnen und sorgte für ein Ohn-

machtsgefühl bei Betroffenen. Bei einem Überfall am Wurzener Bahnhof 2005 weigerten sich Polizist\*innen beispielsweise trotz Aufforderung einzugreifen, ein anderes Mal durfte ein Verletzter laut Zeug\*innen nicht in den Streifenwagen einsteigen, da sein Blut die Sitze dreckig machen würde. Und auch auf politischer Ebene war die Zeit geprägt durch eine fehlende Auseinandersetzung und Sensibilität. So antwortete der damalige Bürgermeister Wurzens, Anton Pausch, Medienvertreter\*innen nach einem rechten Übergriff in den 1990er Jahren, dass ihm nicht bekannt sei, dass es in Wurzen Neonazis geben würde. Die Betroffenen wussten es besser.

Die atmosphärische wie physische Gewalt verband sich so mit der Ignoranz in großen Teilen der Stadtgesellschaft zu einer schwer erträglichen Belastung für Betroffene rechter Gewalt. Trotz eines aus verschiedenen Gründen herrührenden Rückgangs bei den besonders schweren Fällen physischer Gewalt, zeigen sich beim Blick in die Gegenwart Kontinuitäten in den Erfahrungen von Betroffenen rechter Gewalt sowie Entwicklungen in Richtung einer Normalisierung der rechten Hegemonie.

## GEGENWÄRTIGE SITUATION

Eine Kontinuitätslinie bis in die Gegenwart lässt sich in Bezug auf die Ignoranz großer Teile der Stadtgesellschaft gegenüber rechten Strukturen ziehen. Zwar konnten sich in Wurzen einige Initiativen und Akteur\*innen etablieren, welche sich seit Jahrzehnten immer wieder rechten Tendenzen entgegenstellen, sich gegen das Bild des „ruhigen Hinterlandes“ wehren und so der Normalisierung rechten Gedankenguts Tag für Tag entgegenwirken. Jedoch scheint sich die Sensibilität für extrem rechte Umtriebe auf diese Einrichtungen zu beschränken. Die Mehrheit der Wurzener Bevölkerung ignoriert rechte Aktivitäten weiterhin und anstelle der Täter\*innen werden diejenigen kritisiert, die öffentlich gegen die extrem rechten Strukturen Stellung beziehen. Es bleibt der ewige Vorwurf der Nestbeschmutzung und die Behauptung, es würden Nazis gesehen, wo keine wären. Diese Form von Täter-Opfer-Umkehr wirkt sich auch auf die Betroffenen rechter

Gewalt aus und versetzt sie in eine Position der ständigen Rechtfertigung. Wie schon in der Vergangenheit wird die Glaubwürdigkeit und Wahrnehmung von Betroffenen oftmals infrage gestellt. Bestrebungen, rechte Gewalt zu problematisieren, werden durch den immerwährenden Vorwurf, die „Gesellschaft spalten zu wollen“ und Unruhe in die Stadt zu bringen, delegitimiert.<sup>9</sup>

Diese fehlende Problematisierung und das Schweigen vieler Wurzener\*innen bot den extrem rechten Akteur\*innen die Möglichkeit, sich in die Stadtgesellschaft und kommunale Politik zu integrieren und eigene Geschäftsstrukturen aufzubauen. Die rechten Akteur\*innen versuchen ihr gewalttätiges und ideologisch rechtes Image dabei zunehmend zu verbergen, was ihnen vor allem im wirtschaftlichen Sektor ermöglicht, unbehelligt agieren zu können. Das Dokumentationsprojekt *Chronik. LE* schreibt in seinem Dossier *Geschäftstüchtig und gewaltbereit. Ein Überblick zur rechten Mischszene in Wurzen*, dass die „Neonaziszene in Wurzen und Umgebung durch ein schwer durchschaubares Unternehmensgeflecht geprägt“ ist.<sup>10</sup> So haben sich über einen Zeitraum von mindestens 20 Jahren hinweg wirtschaftliche Strukturen gebildet, an denen diverse extrem rechte Akteur\*innen partizipieren können und die in bundesweite Netzwerke eingebunden sind.<sup>11</sup> Häufig wird dabei versucht, die eigene extrem rechte Ideologie zu verbergen, um weniger Aufsehen zu erregen und sich dem Blick von Ermittlungsbehörden zu entziehen. Auch für einen wirtschaftlichen Erfolg in der Stadt ist diese Taktik förderlich. Die etablierten Netzwerke bieten die Möglichkeit, ökonomische Erfolge zu erzielen, innerhalb der Stadtgesellschaft weiter Fuß zu fassen und neue Räume zu besetzen. So sind extrem rechte Akteur\*innen in Teilen der Wurzener Gesellschaft akzeptiert, wirken in der Stadtpolitik mit und es lässt sich eine Normalisierung extrem rechter Ansichten und eine Akzeptanz ihrer Vertreter\*innen beobachten.<sup>12</sup>

Die Bedrohungssituation für potenziell Betroffene rechter Gewalt wird dadurch diffuser. Für sie lässt sich nicht mehr deutlich trennen, wer noch zum aktiven Kern der rechten Szene in Wurzen gehört, wer wirtschaftliche Verbindungen nutzt oder wer freundschaftliche Beziehungen zu diesen pflegt. Und obgleich die Anzahl von schweren Gewalttaten gegenwärtig rückläufig ist, kann sich rechte Gewalt weiterhin permanent entladen. Betroffenen rechter Gewalt fällt es dabei schwer zu

differenzieren, welches Gewaltpotenzial rechten Akteur\*innen zuzuordnen ist und wie man die eigene Bedrohungslage einschätzen soll. Darüber hinaus sind viele der Betroffenen durch eine lange, emotional belastende Geschichte rechtsmotivierter Angriffe auf sie geprägt. Die beschriebene Integration der Rechtsextremen in die Stadtgesellschaft erschwert es zusätzlich, deren Wirken zu problematisieren. In diesem Klima ist es für Betroffene rechter Gewalt schwer, Gehör zu finden, denn häufig wird ihren Schilderungen schlichtweg nicht geglaubt. In Summe resultiert daraus für all die, die von rechter Gewalt und Bedrohungen betroffen sind, eine Situation der ständigen diffusen Unsicherheit. Diese stellt gemeinsam mit der Passivität in Teilen der Einwohner\*innenschaft eine Kontinuität seit den 1990er Jahren dar. Im Falle eines Angriffes kann vor diesem Hintergrund nicht zwangsläufig mit Unterstützung gerechnet werden und Aktionen der Gegenwehr bergen stets die Gefahr, als Schuldige\*r und Nestbeschmutzer\*in diffamiert zu werden. Diese Faktoren vermindern die Selbstwirksamkeitserfahrung der Betroffenen deutlich und lassen ein Gefühl der Machtlosigkeit zurück. Nichtsdestotrotz gibt es auch Menschen, die den Betroffenen Glauben schenken, die rechte Ideologie und Angriffe verurteilen und sich eine Veränderung der Stadt wünschen. Bei einer öffentlichen Problematisierung laufen diese jedoch Gefahr, selbst zum Ziel von rechtsextremen Angriffen zu werden. Aus Sorge davor vermeiden bestimmte Akteur\*innen und Einzelpersonen öffentliche Solidarisierungen und verbleiben in der Erwartung, dass sich politische Initiativen dem Problem widmen.<sup>13</sup>

Doch manche Personen können sich rechter Gewalt nicht einfach entziehen. Gerade Menschen, die von extremen Rechten als fremd markiert werden, sind deren rassistischen Angriffen ausgesetzt. So häufen sich seit 2015 gewaltvolle Angriffe auf Geflüchtete. Unterkünfte werden überfallen, rassistische Beleidigungen gebrüllt und Menschen attackiert. Im Zuge dessen geraten auch engagierte Wurzener\*innen, die Geflüchtete aktiv unterstützen, in das Visier von Neonazis. Häufig besteht bei Betroffenen neben der traumatischen Erfahrung im Nachgang vor allem der Wunsch des Wegzuges aus Wurzen. Aufgrund aufenthaltsrechtlicher Bestimmungen wird dieser aber nicht allen geflüchteten Personen gewährt. Neben rassistisch markierten Personen sind es vor al-

lem alternative Jugendliche und demokratisch Engagierte, die sich einer kontinuierlichen Bedrohungslage ausgesetzt sehen. Die schon in den 1990er und 2000er Jahren erlebte atmosphärische Gewalt wird auch heute in Gesprächen und Interviews beschrieben. Sich in einer ständigen Bedrohungslage zu sehen, Vermeidungsstrategien zu wählen, um der potenziellen Gefahr aus dem Weg zu gehen: dieses Gefahrenpotenzial ständig im Hinterkopf zu haben, prägt die Lebensrealität all jener, die in das Feindbild der Neonazis passen. Rechte Raumnahme durch Graffiti, die feindlichen Blicke, die Beleidigungen, geschubst zu werden und auch körperliche Angriffe auf offener Straße gelten Betroffenen als zwar schlimme, jedoch selbstverständliche Realität. Diese wird mitunter sogar durch die eigene Identität begründet und normalisiert. So berichtete eine betroffene Jugendliche in einem Interview mit uns: „Wenn du als Zecke durch Wurzen läufst, musst du halt mit sowas rechnen.“

Es lässt sich allerdings auch feststellen, dass die Quantität und Qualität von körperlichen Übergriffen seit einiger Zeit rückläufig ist. Dabei stellt sich jedoch die Frage: Fehlen hier eigentlich die Täter oder die Opfer? So beobachten wir einen Rückgang der Wurzener alternativen Subkultur sowie den oben beschriebenen Wegzug migrantisierter Personen, sofern dieser möglich ist. Es bleibt also unklar, ob der genannte Rückgang in einem abgeschwächten Gewaltpotenzial der extremen Rechten begründet liegt, oder in den von den potenziellen Opfern gewählten Vermeidungsstrategien, welche sie im Vorhinein vor Angriffen schützen sollen und sie zugleich unsichtbar in der Wurzener Stadtgesellschaft werden lassen.

## ZUSAMMENFASSUNG

Geschichte wiederholt sich nicht, aber sie reimt sich, heißt es bei Mark Twain. Und auch für Entwicklungen in Wurzen gilt, dass die extrem rechten Strukturen und ihre Erscheinungsformen sich im Laufe der letzten 30 Jahre gewandelt haben. In der Wahrnehmung von Betroffenen rechter Gewalt lässt sich, trotz aller Veränderungen in Art und Qualität rechter Gewalt, jedoch eine gewisse Kontinuität ausmachen. In erster Linie betrifft diese die Auswirkungen von rechter Dominanz im öffentlichen Raum.

Bewusst Orte zu meiden oder zu bestimmten Uhrzeiten nicht durch die Stadt zu gehen, schränkt die Freiheit von Betroffenen stark ein und zeugt von der beschriebenen atmosphärischen Angst, die für Betroffene seit Jahrzehnten herrscht und bis heute anhält.

Während die Anzahl von massiven Gewalttaten abgenommen hat, zeigte sich insbesondere im Zuge rassistischer Mobilisierungen nach 2015 erneut die konkrete physische Gewalt, die sich vornehmlich gegen migrantisch gelesene Personen richtet und sich situativ entladen kann. Dass vorwiegend rassistisch markierte Menschen von rechter Gewalt betroffen sind, kann auch auf den Umstand hindeuten, dass die Sichtbarkeit alternativer Subkulturen im ländlichen Raum merklich zurückgegangen ist. Und trotz einer gewissen Zunahme der gesellschaftlichen Sensibilität für rechte Gewalt, scheint es bis heute die Aufgabe lokaler Aktivist\*innen und engagierter Journalist\*innen zu sein, auf neonazistische Umtriebe aufmerksam zu machen. Da eine Mehrheit der Stadtgesellschaft bis heute in Bezug auf rechte Aktivitäten schweigt und eine eindeutige Solidarität mit Betroffenen vermissen lässt, bleibt es zudem eine unveränderte Notwendigkeit, Betroffenen eine Stimme zu geben, ihre Perspektive sichtbar zu machen und sie bei ihrer Selbstorganisation zu unterstützen.

*Dieser Artikel ist ein Gastbeitrag des Netzwerkes für Demokratische Kultur (NDK) Wurzen.*

1 | Schulz (2018).

2 | RAA Sachsen (2019).

3 | Fischer-Tahir, Affolderbach (2004): 33.

4 | Koch, Schurian (2020).

5 | Antifaschistisches Redaktionskollektiv (1996).

6 | Ebd.

7 | Die Initiative Amal widmete sich ab 2001 der Unterstützung und Beratung von Betroffenen rechter Gewalt. Dabei unterhielt sie Büros in Görlitz, Dresden und Wurzen.

8 | Schulz (2018).

9 | Ausführlicher zum Umgang mit extrem rechten Akteur\*innen in der Stadt und Gegenstrategien siehe: Gittner, Schmidt, Schuler (2022).

10 | Chronik.LE (2021): 2.

11 | Ausführliche Analyse in: Gamma (2012): 1 ff.

12 | Chronik.LE (2021): 2 ff.

13 | Gittner, Schmidt, Schuler (2022): 78 f.

### Literaturverzeichnis:

**Antifaschistisches Redaktionskollektiv (1996):** Wurzen – Das Ende faschistischer Zentren wie wir sie kennen: Entwicklungen im Muldental-kreis 1991-1996, [https://www.nadir.org/nadir/archiv/Antifaschismus/Regionen/Sachsen/wurzen\\_broschuere/](https://www.nadir.org/nadir/archiv/Antifaschismus/Regionen/Sachsen/wurzen_broschuere/), 31.03.2022.

### Chronik.LE (2021):

Geschäftstüchtig und gewaltbereit. Ein Überblick zur rechten Mischszene in Wurzen, <https://chronikle.org/dossiers/geschaefstuechtig-gewaltbereit-ueberblick-rechten-mischszene-wurzen>, 31.03.2022.

### Fischer-Tahir, Andrea/Affolderbach Friedemann (2004):

„Mein Sohn wurde von Rechten zusammengeschlagen.“ Wahrnehmungen und Deutungen zum Thema Rechtsextremismus. Das Beispiel Wurzen, Wurzen.

### Gamma - Antifaschistischer Newsflyer für Leipzig und Umgebung (2012):

Das „Front Records“ - Imperium in Sachsen. Bestandsaufnahme eines Neonazi-Netzwerkes, <https://gamma.noblogs.org/files/2012/07/gamma193-web.pdf>, 31.03.2022.

### Gittner, Natalie/Schmidt, Andre/Schuler, Julia (2022):

„Zivilgesellschaft als »Bollwerk gegen rechts“? Potenziale und Schwierigkeiten von Engagement und Gegenwehr am Beispiel der Stadt Wurzen“, in: Oliver Decker, Fiona Kalkstein und Johannes Kies (Hrsg.), Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswick-Institut für 2021, Edition Überland, S. 67-86.

### Koch, Rhonda/Schurian, Hannah (2020):

„Die atmosphärische Gewalt ist längst Normalität geworden.“ Ein Gespräch mit Katharina König-Preuss, LINKE Abgeordnete im Thüringer Landtag, <https://zeitschrift-lux-emburg.de/artikel/atmosphaerische-gewalt/>, 31.03.2022.

### RAA Sachsen (2019):

Redebeitrag – 1995, Wurzen, <https://www.raa-sachsen.de/support/rechter-terror/1995-wurzen-4728>, 04.04.2022.

### Schulz, Daniel (2018):

Wir waren wie Brüder, <https://taz.de/Jugendliche-in-Ostdeutschland/!5536453/>, 31.03.2022.



- 5 -

## GANZ DAHINTEN, WO DER LEUCHTTURM STEHT

Vor dem Verlassen der eigenen vier Wände wird geschaut, dass das Pfefferspray griffbereit in der Hose steckt, das Handy gleich daneben. Es wird lieber mit dem Auto gefahren, auch wenn der Weg eigentlich nicht so weit ist. Draußen wird die Umgebung permanent gescannt. Sind Autos in der Nähe, deren Nummernschilder auf gewaltbereite Insassen hinweisen oder Menschengruppen, von denen man weiß, dass ihre Anwesenheit Ärger bedeuten kann? Leuchtturmblick nennen sie das. Ein Verhalten, das sich aufgrund zahlreicher Erlebnisse eingebrannt hat und dem eigenen Schutz dient.

Bautzen, obersorbisch Budyšin, ist die zweitgrößte Stadt der Oberlausitz und gilt als ihre historische Hauptstadt. Sie liegt etwa 50 Kilometer östlich von Dresden an der Spree. Auf ihrer Homepage wirbt sie mit ihrer „historischen Altstadt, der malerischen Lage über der Spree und den vielen märchenhaften Türmen“.<sup>1</sup> Die Stadt versteht sich als historisch, kulturell vielfältig und weltoffen.

Neben anderen sächsischen Orten war Bautzen aber in den letzten Jahren auch wiederholt mit negativen Schlagzeilen in den Medien: Hetzjagden auf Geflüchtete<sup>2</sup>, eine brennende Unterkunft für Geflüchtete<sup>3</sup>



und Proteste von Coronaleugner\*innen, Verschwörungsideolog\*innen und Reichsbürger\*innen mit bis zu 3.700 Teilnehmenden.<sup>4</sup> Bautzen ist auch eine Stadt, in der extrem rechte Symbole zum Stadtbild gehören. Sei es die Person in der Warteschlange mit neonazistischem Landser-Logo auf dem Pullover oder die Hakenkreuz-Schmierereien an den legalen Graffiti-Wänden. Beim genauen Hinsehen fällt auf, dass sich die *Normalität* junger engagierter Menschen in Bautzen im Vergleich zu der anderer Jugendlicher unterscheidet.

Doch wie sieht diese *Normalität* für engagierte junge Menschen in Bautzen aus? Wie nehmen sie Stadt und Stadtgesellschaft wahr und was heißt es für sie, in Bautzen aktiv zu sein? Zu diesen Fragen sind wir mit jungen Menschen ins Gespräch gekommen. Wir haben ein Gruppeninterview geführt mit einigen Jugendlichen, die sich gegen Rechts und für demokratische Werte einsetzen, die selbst Rassismuserfahrungen gemacht haben oder aufgrund ihres öffentlichen Engagements in den Fokus von Rechten geraten sind.

Einige wohnen noch in Bautzen, andere haben der Stadt vor einiger Zeit den Rücken gekehrt. Inhalt des Artikels ist, was diese jungen Menschen bewegt und wie ihr Alltag aussieht.

### DEINE VIER WÄNDE SIND DEIN KIEZ

Einig waren sich alle Gesprächspartner\*innen: In einer Stadt wie Bautzen aufzuwachsen bedeutet, dass Unbeschwertheit fehlt. Für viele ist es schlicht nicht möglich, sich samstagsabends im Park oder auf öffentlichen Plätzen zu treffen, ohne Gefahr zu laufen, im nächsten Moment einem Angriff von Nazis ausgesetzt zu sein. Berichtet wird uns von Beleidigungen, Bedrohungen, dem Zeigen von verfassungsfeindlichen Symbolen bis hin zu Verfolgungsjagden durch die Parks oder Gassen der Stadt. Problematisiert wird weniger der Alltagsrassismus, der in Bautzen als ähnlich gravierend wie an anderen Orten wahrgenommen wird, sondern - die Feststellung, „dass offen zur Schau getragenes neonazistisches [Gedankengut] so eine Normalität in dieser Stadt hat, dass es nicht mal für ein Schulterzucken reicht. [...] Es ist

nicht mehr dieses 'Heute machen wir drauf, heute gibt's Ärger.' Es ist dieses 'Das ist unsere Stadt, hier haben wir das Sagen [...]' Wenn wir vor zehn Jahren vor Nazis weggerannt sind, dann gab es wenigstens hier und da mal Empörung, das nehme ich heute nicht mehr wahr.“ Dann kommt es zu Situationen wie dieser: Das gemütliche Treffen auf dem Lieblingsplatz wird plötzlich von einer Gruppe junger Nazis gestört. Erst sind es nur verächtliche und herausfordernde Blicke. Dann folgen erste Sprüche und Beleidigungen, ab und an begleitet durch das angedeutete Zeigen vom Hitlergruß. Und unseren Gesprächspartner\*innen stellt sich die Frage: Wie sollte man damit umgehen? Bleibt man mit seinen Freund\*innen sitzen, wird riskiert, dass die Beleidigungen schlimmer werden oder den angedrohten Worten Taten folgen. Zur Wehr setzen scheint keine gute Lösung. Aus einer kleinen Gruppe Nazis kann hier sehr schnell ein ganzer Mob werden. Die Mobilisierungsfähigkeit innerhalb der Stadt ist hoch, die Wege sind kurz. Und jede\*r kennt jede\*n. Häufig wird sich dann, so die Berichte, für eine passive Variante entschieden, nämlich für das Verlassen des Platzes, in der Hoffnung, halbwegs glimpflich aus der Situation herauszukommen. Eine Entscheidung, die leider allzu oft genau das Gegenteil bewirkt. Denn nun fühlt sich die Gruppe der Nazis in vielen Fällen herausgefordert und beginnt mit einem Katz-und-Maus-Spiel durch die Straßen und Parks. Dabei müssen sie noch nicht mal körperliche Gewalt anwenden, sollten sie auf ihre Opfer treffen. Allein das Gefühl, gejagt und gehetzt zu werden, reicht aus, um massiv eingeschüchtert zu sein und zu begreifen, dass man zu keiner Zeit und an keinem Ort in der Stadt sicher sein kann. „Das begegnet einem überall, im Supermarkt, in der Alltagswelt. Das ist gar nicht so einfach [...], weil diese Normalität, die schreibt sich ja auch in den Körper. Da geht man spazieren oder man geht halt gar nicht mehr spazieren, man fährt dann mit dem Auto in der Stadt herum, weil ständig so eine Bedrohungslage oder das Potenzial von Gewalt da ist. [...] Ich hab erst so nach zehn Jahren Rückkehr gemerkt, was das in mir auslöst, emotional, wenn ich wieder mit dem Körper sozusagen in der Stadt bin.“

Schaut man sich die Chronik des RAA Sachsen e.V., Projekt „Support für Betroffene rechter Gewalt“ an, finden sich zahlreiche weitere Beispiele. So scheint es für antifaschistische Jugendliche auch nicht mög-

lich, über den Weihnachtsmarkt zu schlendern, da jederzeit eine Attacke, ob in verbaler Form oder als physischer Übergriff befürchtet werden muss, so wie es Mitglieder der Linksjugend am 8. Dezember 2017 erlebten. Nachdem sie erst durch die Stadt verfolgt wurden, kam es auf dem Weihnachtsmarkt zu Schubserien und Faustschlägen gegen sie, welche bei einem der Betroffenen zu einem Aufenthalt im Krankenhaus führten. „An dieser Normalität [wird] mit Gewalt von den Nazis gearbeitet und andere Normalität [...] unterdrückt“, so fasst es ein Jugendlicher zusammen.

Eigens geschaffene Treffpunkte, die als Schutzräume dienen sollen, bewirken mitunter das Gegenteil, so die Erfahrung. Denn sie können zur Zielscheibe von Angriffen werden, sodass es immer einen Plan B braucht, um diese Orte sicher und unverseht aufsuchen bzw. verlassen zu können. Manchmal richten sich diese Übergriffe „nur“ gegen die Orte an sich und es werden Türen oder Einrichtungsgegenstände zerstört. Aber es gab auch bereits gezielte Attacken gegen Personen, die sich von dem Moment an nicht mehr sicher in ihrem Schutzraum fühlen können.

„Es gibt hier keinen Kiez, in dem man einen alternativen Lifestyle leben könnte. Deine vier Wände sind dein Kiez“, bringt es einer der jungen Menschen auf den Punkt.

Was daraus folgt ist Verzicht, welcher in Kauf genommen wird, um möglichst gut und ohne große Auseinandersetzung durch den Alltag zu kommen. Dann wird nicht einfach eine Pizza bestellt, weil immer die Gefahr besteht, dass der Lieferdienst ein Nazi ist. Es wird nicht einfach in eine Bar gegangen, sondern abgewogen, in welcher die Chance auf Ärger am geringsten ist. Und aktuell muss überlegt werden, in welches Corona-Testzentrum gegangen werden kann, damit die Kontaktdaten nicht in falsche Hände geraten.

## FEHLENDE PROBLEMATISIERUNG ZEMENTIERT DIE NORMALITÄT

Eine breite Berichterstattung, die zu einer öffentlichen Auseinandersetzung über die Bedrohungssituationen führen könnte, fehlt hingegen. Stattdessen wurde in der

Vergangenheit von „eventorientierten Jugendlichen“<sup>5</sup> gesprochen, wenn Menschen gemeint waren, die andere aus rassistischen Motiven durch die Stadt jagten. Rechte Einstellungen und menschenfeindliche Ideologien werden meist nicht klar und offen benannt, was zur Verharmlosung und Akzeptanz solcher Übergriffe führt. Vertreter\*innen der Stadtpolitik suchen stattdessen das Gespräch mit den Menschen, von denen die Gewalt und der Hass ausgehen und senden damit ein klares Zeichen gegen Betroffene und gegen Menschen, die sich für eine offene und tolerante Stadtgesellschaft engagieren.

Die Erfahrungen der jungen Menschen ernst zu nehmen und eine Problematisierung bleiben aus, Gegenkonzepte werden boykottiert oder fehlen gänzlich. Erheben Jugendliche ihre Stimme dagegen und möchten diese Situation nicht als normale Gegebenheit



hinnehmen, wird ihnen wenig Aufmerksamkeit zuteil. Anstatt sie bei der Umsetzung ihrer Ideen zu unterstützen, werden ihnen Steine in den Weg gelegt. Denn da ist zum einen eine Stadtpolitik, die zwar Weltoffenheit und Toleranz betont, sich aber häufig gegen kreative Konzepte und Input von außen verschließt. Da sind Lehrer\*innen, die den Unterschied zwischen parteipolitischer Neutralität und Werteneutralität vergessen und lieber keine politischen Projekte in ihrer Schule fördern wollen. Und vor allem sind es Menschen auf der Straße, denen im Alltag begegnet wird. Menschen, die lieber die Augen verschließen und weitergehen, wenn Beleidigungen und Angriffe stattfinden. Menschen, die entweder abgestumpft sind oder es nicht wahrhaben wollen, was engagierten Jugendlichen beinahe täglich in ihrer Stadt passiert.

All dies gehört zur *Normalität* eines engagierten Jugendlichen in der Stadt Bautzen, wo es Alltag ist, mit einem Leuchtturmblick durch die Stadt zu laufen, immer in Obacht, alles im Visier behaltend und immer etwas außenstehend.

## EIN FÜNFJAHRESPLAN FÜR BAUTZEN

Diesen gibt es leider nicht, doch eine\*r unserer Gesprächspartner\*innen denkt „seit Jahren darüber nach und eigentlich müsste man sich zu zehnt zurückziehen, mit einer Agenda, mit einem Fünfjahresplan und ganz gezielt in Institutionen und Vereinen aktiv werden“, um diese Normalität zu durchbrechen. Zumindest für ein, zwei Stunden scheint dies eine gute Idee. Selbstverständlich ist es für solche Regionen hilfreich, wenn demokratisch engagierte Menschen bleiben, hinziehen und vor Ort aktiv sind. In der Realität verlassen viele junge Menschen für Beruf und Studium jedoch die Region. Mit ihnen gehen auch die progressiven Ideen, alternative Lebensentwürfe und das Bewusstsein für die Situation vor Ort. Dies trägt ebenfalls zur Normalisierung der Verhältnisse bei.

Was aber können Menschen tun, um zu unterstützen, wenn ein Umzug nicht infrage kommt? Unsere Gesprächspartner\*innen wünschen sich zum Beispiel, der Situation in der Stadt immer wieder Aufmerksam-

keit zu schenken, die Zustände immer wieder zu benennen. Erst so wird die *Normalität* infrage gestellt. Ebenso würde mehr Austausch helfen, sowohl mit Menschen innerhalb der Stadt als auch mit denen von außerhalb. Es braucht Orte für die gemeinsame Reflexion, für das Sprechen über die eigenen Erfahrungen. Dies macht die Situation für die Betroffenen nicht selten etwas erträglicher und hilft beim Verarbeiten der Erlebnisse.

Es wird mittelfristig nicht machbar sein, dass sich die Betroffenen überall in der Stadt wohl und sicher fühlen. Dafür sind ihre Erfahrungen zu schlecht. Aber es erscheint möglich, temporäre Inseln und Orte zu schaffen, an denen eine andere Normalität gelebt werden kann - an denen jungen interessierten Menschen Alternativen geboten werden, an denen sie nicht ständig den Leuchtturm spielen müssen, an denen man sich für ein paar Stunden sicher fühlen kann - so als ob man in einer ganz normalen Stadt lebt. Solche sicheren Orte können beispielsweise selbstorganisierte Veranstaltungen, Festivals, Konzert- und Vortragsreihen, Skate- und Rap-Contests oder ähnliches sein.

Um den Normalisierungseffekt zu durchbrechen, braucht es allerdings mehr. Es braucht generationsübergreifende Gespräche mit Betroffenen, das Ernstnehmen ihrer Erfahrungen und die Solidarität mit ihnen. Es braucht eine Stadtgesellschaft, die hinschaut und Menschenfeindlichkeit, Rassismus und Neonazismus als solche benennt. Und es braucht politische Verantwortungsträger\*innen, die sich eingestehen, dass Bautzen seit langer Zeit Probleme mit rechten Strukturen hat und endlich anfangen, eine demokratische Zivilgesellschaft zu unterstützen. Ohne diese werden junge Menschen noch lange mit Leuchtturmblicken für ihre eigene Sicherheit eintreten müssen.

1 | <https://www.bautzen.de/tourismus-kultur-freizeit>

2 | <https://www.raa-sachsen.de/support/chronik/vorfaelle/bautzen-784>

3 | <https://medienservice.sachsen.de/medien/news/216265>

4 | [https://www.polizei.sachsen.de/de/MI\\_2022\\_87218.htm](https://www.polizei.sachsen.de/de/MI_2022_87218.htm)

5 | [https://www.facebook.com/watch/live/?ref=watch\\_permalink&v=546842688851898](https://www.facebook.com/watch/live/?ref=watch_permalink&v=546842688851898)  
<https://de-de.facebook.com/polzeisachsen.info/videos/pressekonferenz-in-bautzen-anl%C3%A4sslich-der-ausschreitungen-der-letzten-n%C3%A4che/546842688851898/> (ca. 08:40)



# IMPRESSUM

## HERAUSGEBER

Kulturbüro Sachsen e.V.  
Grit Hanneforth, Geschäftsführerin  
Bautzner Straße 45  
01099 Dresden  
www.kulturbuero-sachsen.de



Unterstützen Sie unsere Arbeit  
mit einer Spende!  
IBAN: DE 288 5020 5000 0035 87301  
BIC: BFSWDE33DRE

## TEXT UND RECHERCHE

Kulturbüro Sachsen e.V.

Die Autor\*innen der Artikel sind Mitarbeiter\*innen des Kulturbüro Sachsen e.V. Der Artikel „Augen zu und durch“ wurde vom Netzwerk für Demokratische Kultur (NDK) Wurzeln erstellt.

Lektorat: Laura Dittmann  
Redaktionsschluss: 31.03.2022

## FOTOS

Titel: Tomas Anunziata, www.pexels.com  
Inhalt: Neja Hrovat, Kulturbüro Sachsen e.V.

## LAYOUT UND SATZ

Nadine Rothe  
www.nadine-rothe.de

Diese Publikation  
wurde gefördert durch die  
Friedrich Ebert Stiftung  
Sachsen.



ISBN 978-3-98628-175-5

